



### Die Debe gegen ausländische Techniker.

Wir mit der Sowjetpresse einverstanden, äußerte sich Tschubar, der Vorsitzende des Ukrainischen Rates der Volkskommissionen, dahin, daß die Sowjetbehörden alle Ursache gehabt hätten, die Ingenieure zu verhaften. Die Sowjetregierung werde alle Maßnahmen ergreifen, um die Sowjetwirtschaft vor dem "Berat der Spezialisten" zu schützen. Wir müssen mit aller Entschiedenheit betonen, so erklärte Tschubar, daß alle Versuche solcher schädlichen Elemente, das Tempo der Wirtschaftsentwicklung zu hemmen, erfolglos bleiben werden. Jeder einzelne Spezialist muß verstehen, daß die schädliche Tätigkeit der gefährlichen Ingenieurgruppe die Wachsamkeit der Arbeiter über jeden Schritt der Spezialisten verschärfen wird. — In Charkow ist der Vorsitzende der militärisch-politischen Verwaltung, Budnow, eingetroffen, um die Untersuchung der Spionageaffäre in die Hand zu nehmen.

Das Regierungsblatt "Sowjetaja" schreibt den Prozeß gegen die Dones-Verhafteten werde dem Zustande beweisen, daß jede geheime Tätigkeit gegen die Sowjetregierung vergeblich ist, da sie unausweichlich erwidert werde. Die "Leningradskaja Prawda" schreibt: "Die Gegenrevolution im Zustand schließt nicht. Sie bevorzugt Kleinarbeit, wie Sprengung einzelner Unternehmungen oder Bahnlinien. Sie verbindet die Unterbindung der Sowjetwirtschaft mit Plänen zu imperialistischer Intervention in der Sowjetunion. Aber abgesehen die Gegenrevolutionäre vom Zustande finanziert werden und abgesehen die ihre zerstörerische Tätigkeit fortsetzen, wachen wir doch und entwickeln uns und unser Wirtschaftssystem erklärt."

### Bereits 117 Ingenieure und Techniker entlassen?

Hannov. 13. März. (Z.N.)

Wie aus Moskau gemeldet wird, sind im Dones-Gebiet bereits 117 Ingenieure und Techniker als unzuverlässig entlassen worden.

Die mit der Untersuchung der Deutschen-Affäre betrauten Regierungskommissionen Budnow und Schmidt werden sich heute abend zur Berichterstattung nach Krasnodar zurückbegeben. Die verhafteten Deutschen haben sie selbst nicht vernommen.

Wie weiter aus Moskau gemeldet wird, hat die Arbeiter- und Bauerninspektion der Sowjetunion eine Revision des fertiggestellten Kraftwerkes in Syzran vorgenommen. Wie dazu amtlich mitgeteilt wird, sollen große Unregelmäßigkeiten aufgedeckt worden sein, die zur Verhaltung der leitenden Ingenieure und der höheren Dispositionen führten. Die Gerichtsverhandlungen sollen demnächst beginnen. (Die Meldungen der Telegraphenunion aus Romno über russische Vorgänge sind nicht immer zuverlässig. Zum Teil erweisen sie sich nachträglich als unzutreffend, manchmal aber auch nicht. Deshalb registrieren wir das obige Telegramm nur unter Vorbehalt. (Red. d. Z.N.)

### Die Erhöhung der Invalidenrente.

#### Übergangsbestimmungen zur Arbeitslosenversicherung um drei Monate verlängert.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags legte am Donnerstag die Beratungen über die Invaliden- und Arbeitslosenversicherung fort.

Abg. Hoch (Soz.) erklärte, daß seine Fraktion sich im Hinblick auf die besondere Geschäftslage des Reichstags auf einen Abänderungsantrag beschränken wolle, der die Erhöhung des Rindergeldes in der 3. und 4. bezweckt. Reichsarbeitsminister Brauns bezeichnete den sozialdemokratischen Antrag als eine Gefahr für die Erledigung des Rotprogramms. Dr. Pfeiffer (D.D.P.) und Andre (Z.) erklärten, beim Rindergehalt nur einer Erhöhung bis 10 M. zustimmen zu können. Der sozialdemokratische Antrag wurde dann gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt; beschlossen wurde nur Rindergehalt von 10 M.

Im weiteren Verlauf der Abstimmungen lehnten es die Sozialdemokraten ab, die Novelle zur Sozialversicherung von der Annahme eines Wahlgesetzes zum Rotprogramm abhängig zu machen. Die Verhandlung des Sozialpolitischen Ausschusses über die Frage der Krisenfürsorge kam heute zum Abschluß. Der Ausschuss faßte mit großer Mehrheit den Beschluß, die Übergangsbestimmungen der Arbeitslosenversicherung durch ein Umstufungsgesetz um drei Monate zu verlängern.

### Ergebnis der Barmat-Untersuchung.

#### Deutschnationale Feststellungen im Reichstagsausschuß.

Der Barmat-Untersuchungsausschuß des Reichstags hielt gestern eine Sitzung ab, um über seinen Geschäftsplan zu beraten. Der Vorsitzende, Abg. Saenger (Soz.), gab zunächst eine kurze Übersicht über die bisherigen Arbeiten des Ausschusses. Der Ausschuss ist auf Grund eines Antrages Schiele (Dnat.) vom 9. Januar 1925 zusammengetreten. Er hat bisher 32 Sitzungen abgehalten. Die Beweisaufnahme hat sich auf die Vernehmung von 51 Zeugen erstreckt. Mehrfach ist mit Einstimmigkeit beschlossen worden, daß der Ausschuss, solange der Strafprozeß gegen Barmat und Genossen läuft, keine weiteren Verhandlungen stattfinden lassen könne. Der Gang der Verfahren gegen Barmat hat, so betonte der Vorsitzende, dem recht gegeben. Ob der Barmat-Prozeß — frühestens in der Osterwoche — rechtskräftig abgeschlossen werden kann, erscheint noch sehr fraglich. Angesichts der bevorstehenden Auflösung des Reichstags hält der Vorsitzende die Aufgabe des Ausschusses abgebeendet. Die Wahrheit festzustellen, einzuweisen für erledigt.

Auf Anregung des Abg. n. Demitz (Dnat.), der auch die Abg. Dr. Breitscheid (Soz.), Dorsch (D.D.P.) und Schönborn (Z.) zustimmen, wurde folgender Beschluß einstimmig gefaßt: "Der Vorsitzende wird mit den beiden Berichtserstattern die Frage nach einmal erörtern, hinsichtlich welcher Personen ein abschließendes Urteil des Ausschusses abgegeben werden kann. Die Meinung dieser drei Ausschussmitglieder wird dann in einer Sitzung in nächster Woche dem Plenum des Ausschusses mitgeteilt werden."

Der Abg. n. Demitz (Dnat.) hatte zur Begründung seines Vorschlages keine Meinung dahin zum Ausdruck gebracht, daß die Untersuchung bezüglich des Reichspräsidenten Ebert und des früheren Reichswirtschaftsministers Schmidt als abgeschlossen gelten könne und nicht Belästigendes ergeben habe. Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) stimmte dieser Feststellung zu.

In der Hungerdebatte der südländischen Stupakina beschimpfte Kabitich in zäher Weise den Agrarminister, der ihn dafür einen Narren hieß, offenbar mit vollem Recht. Kabitich wurde auf drei Sitzungen ausgeschlossen. Tags darauf überlegte ein Abgeordneter einen anderen.

# Wieder Abrüstungstagung.

## Deutschland für Veröffentlichung des Rüstungsstandes.

Genf, 13. März (Eigenbericht).

Die Vorbereitende Abrüstungskommission ist am Donnerstag in Genf zu ihrer fünften Tagung zusammengetreten. 24 Staaten nehmen an den Sitzungen teil, darunter Russland, die Vereinigten Staaten und die Türkei, die nicht Mitglieder des Völkerbundes sind. Weder die Tagesordnung noch der Verlauf der ersten Sitzung lassen hoffen, daß man zu praktischen Ergebnissen kommen wird. Am Freitag nachmittag soll der erste Tagesordnungspunkt, Bericht der Sicherheitskommission, behandelt werden. Da die Sicherheitskommission selbst vorgeschlagen hat, ihre Rüstungsverträge um einer zweiten Lesung zu unterziehen und sie dann an die Völkerbundversammlung zu geben, dürfte dieser Punkt mit einigen freundlichen Kommentaren für die Sicherheitskommission abgelehnt werden, wenn nicht die Gegner einer sofortigen Abrüstung die Gelegenheit benutzen, darauf hinzuweisen, daß die Sicherheitskommission noch nicht fertig sei und infolgedessen die Abrüstungskommission nicht weiter arbeiten könne.

Der russische Abrüstungsvorschlag widerspricht fast allen Vorbehalten, die namentlich die Großmächte mit Ausnahme Deutschlands bisher gemacht haben. Trotzdem ist es nicht ausgeschlossen, daß bei diesem Tagesordnungspunkt eine sehr scharfe aber unfruchtbare Debatte erfolgt. Der Abrüstungsplan der Kommission wird erst am kommenden Freitag behandelt werden.

den, da die Türkei in der Eröffnungsitzung hat, bis zum Erscheinen ihres Außenministers zu warten. Vorher stehen sich hier noch wie vor Frankreich und England in der Frage der Flottenabrüstung. Frankreich und Deutschland in der Frage der Reserven und des Kriegsmaterials

schroff gegenüber.

während Italien, Japan und die verschiedenen anderen Staaten gleichfalls bei wichtigen Punkten Vorbehalte angemeldet haben.

In der ersten Sitzung meldete der deutsche Vertreter Graf Bernstorff einen wichtigen deutschen Antrag an, der auf eine vollständige

### Veröffentlichung aller Rüstungsmaßnahmen

auf Grund des § 8 des Völkerbundespaktes hinzielt. Während bisher im Militärischen Jahrbuch des Völkerbundes die einzelnen Staaten nach eigenem Belieben dürftige Angaben über ihre Rüstungen machen konnten, verlangt der deutsche Vorschlag, daß, wie es der § 8 vorschreibt, ganz genaue Angaben über deren Stärke, Reserven, Bewaffnung und Lagernden Kriegsmaterial, Rüstungsprobleme und Kriegsindustrie gemacht werden. Selber besteht keine Aussicht, daß die Staaten dem deutschen Antrag folgen werden und ihre Karten vollständig aufdecken.

# Gegen die Landbundheke.

## Der Oberpräsident von Pommern vor dem pommerschen Landbund.

Hannover, 14. März. (Eigenbericht)

Anlässlich der Eröffnung des 63. Provinziallandtages der Provinz Hannover wandte sich Oberpräsident Roske in äußerst scharfer Weise gegen die jüngste Landbundheke. Vorher führte er aus:

"Durch das ganze Land und auch durch unsere Provinz hallen in den letzten Wochen laute Klagen. Zehntausende von Landwirten haben in einer Reihe von Städten sich zu großen Demonstrationen zusammen gefunden. Ehe ich mich dazu äußere, will ich darauf hinweisen, daß leider noch immer in der Provinz

völlig weislose, die nur ihre Arbeitskraft anzubieten haben, zu Zehntausenden auf Arbeit vergeblich warten.

Man stelle sich das grausige Elend vor, das durch drei Jahren ausgebreitet wird. In einer der letzten Wochen wurden allein in der Stadt Hannover nach an Arbeitssuchenden gezählt 13 200 männliche und 4670 weibliche Personen, zusammen also in der Stadt, in der wir sagen, 17 870 arbeitslose Menschen. Trotz aller sozialpolitischen Maßnahmen bedeuten diese Zahlen eine grauenhafte Katastrophe, die nur durch Schöpfung von Arbeitsmöglichkeiten begegnet werden kann. Bessere Beschäftigung kann erreicht werden durch Steigerung der Kaufkraft der deutschen Bevölkerung. Deshalb sind auch alle wirksamen Maßnahmen zur Hebung der deutschen Landwirtschaft zu begrüßen. Dazu wird nicht gehören, daß man die Kaufkraft der Masse in den Städten herabsetzt. Nachdrücklich betone ich, daß ich bemüht sein werde, von den zur Besserung und Befestigung von Notständen bereitgestellten Mitteln einen möglichst großen Anteil in die Provinz hineinzubringen. Hoffentlich bringt eine gute Ernte in diesem und den kommenden Jahren den notleidenden Landwirten die wirksamste Hilfe, die ihnen zuteil werden kann.

Agitativerische Uebertreibungen, die in Protestversammlungen in den letzten Wochen laut geworden sind, habe ich so bemerkt, wie sie es verdienen. Mit dem Gedanken, daß das Zerbrechen von Fenstern in Finanzämtern hilft, sollte man sich und andere nicht betrogen. Ein Redner hat als möglich bezeichnet, daß einmal die Barne lauten könnten: "Die Weiße Armee steht bei Göttingen." Wir erkennen das wenig wahrscheinlich. Er soll hinzugesetzt haben: "Dann weiß jeder, daß er seine Pflicht zu tun hat." Was meine Pflicht in einem solchen Falle wäre und die Schuldigkeit der Polizei und Landjäger, unterliegt nicht dem geringsten Zweifel.

Eine Weiße Armee, d. h. eine rebellierende Menge, würde nicht lange bei Göttingen stehen, sondern laufen und zwar schnell nach Hause, ausgeworren die ins Gefängnis gesteckten Räubersführer.

Mit der Frühjahrseinstellung und der hoffentlich bald einsetzenden Wirtschaft der in Aussicht gestellten Hilfsmaßnahmen wird die Stimmung in den landwirtschaftlichen Kreisen ruhiger werden. Weitere Beruhigung würde eintreten, wenn von den Führern des Landvolkes wahrheitsgemäß besprochen würde, was die preu-

ische Staatsregierung in den letzten Jahren schon getan hat und in den nächsten Jahren tun wird."

### Eine Abgabe.

Der preussische Ministerpräsident Genosse Brauns sandte, wie Z.N. mitteilt, an den Reichslandbund in Berlin folgendes Schreiben:

"Auf Ihre Zuschrift vom 9. dieses Monats, in der Sie mir mitteilen, daß eine Deputation des Pommerschen Landbundes am 16. dieses Monats nach Berlin komme und bittet, mich mit empfangen zu werden, um mir die Not der Landwirtschaft Pommerns vorzutragen, erwidere ich ergebend, daß ich im Hinblick auf die mit unwahren Behauptungen gegen die preussische Regierung inszenierte demagogische Hege des Landbundes es ablehnen muß, die Deputation zu empfangen. Uebrigens sind die Schwierigkeiten, unter denen die Landwirtschaft zurzeit leidet, der preussischen Staatsregierung hinreichend bekannt. Im Rahmen ihrer Zuständigkeit und nach Maßgabe der finanziellen Kräfte des Staates tut die Staatsregierung alles, was geeignet ist, diese Schwierigkeiten zu beheben. gen. Brauns."

### Ueberraschend große Erntevorräte.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat führt eine Statistik über die Erntevorräte, die sich jeweils in den einzelnen Monaten nach in den Händen der Landwirte befinden. Aus der Statistik für den 15. Februar 1928 ergibt sich die überraschende Tatsache, daß im Reichsdurchschnitt die diesjährigen Vorräte fast durchweg sehr beträchtlich größer sind als am 15. Februar 1927. Im Vergleich zum vorigen Jahre standen der Landwirtschaft im Reichsdurchschnitt noch zur Verfügung: Winterweizen 30,6 gegen 16,9 Proz., Sommerweizen 49,0 gegen 39,9 Proz., Winterroggen 12,9 gegen 11,0 Proz., Hafer 19,2 gegen 12,0 Proz., Rartoffeln 14,9 gegen 10,1 Proz. Nur bei Wintergerste waren die Vorräte mit 2,6 gegen 2,7, bei Sommergerste mit 2,3 gegen 1,2 Proz. etwas geringer. Doch spielen diese Unterschiede im ganzen kaum eine Rolle.

Man mag es richtig sein, daß die etwas verspätete, und auch in der Qualität etwas verminderte Ernte den Verkauf verzögert und vielleicht erschwert habe. Wenn aber der Druck zum Verkauf und die Notlage der Landwirtschaft wirklich so groß wären, wie sie vom Reichslandbund dargestellt worden sind, so wäre es ausgeschlossen, daß zu einer Zeit, in der vom völligen Zusammenbruch der Landwirtschaft gesprochen wird, in der die Landwirtschaft zur Rebellion aufgeputzt werden, weil es ihnen so schlecht geht, so erhebliche größere Vorräte vorhanden sein können, als zur gleichen Zeit des Vorjahres, wo die Verhältnisse besser waren.

Man ist es sicher so, daß in den Ostgebieten die Vorräte geringer sind als in den übrigen Reichsgebieten. In Ostpreußen sollen die diesjährigen Vorräte sogar erheblich unter den Vorjahresdurchschnitt gehen. Das würde aber nur bestätigen, was schon die Untersuchungen des Enqueteausschusses feststellen, daß die gegenwärtige Krise in der Tat mehr eine Frage überschuldeter östlicher Großgüter ist, als eine Krise der gesamten Landwirtschaft.

### Die Restarbeit des Reichstags.

Der Kollektenrat des Reichstages tritt heute zu einer Sitzung zusammen, um die Geschäftstage des Reichstages zu besprechen. Es soll der Arbeitsstabs für die letzten zwei Wochen des Monats März eingeteilt werden.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist zu einer Sitzung auf nächsten Samstagabend einberufen worden. Die Tagesordnung weist folgende Punkte auf: 1. Warenaustausch zwischen dem Saargebiet und dem deutschen Zollgebiet; 2. Senfer Verhandlungen; 3. deutsch-russische Verhandlungen; 4. Auswanderungsfrage.

### Auch ein Block.

#### Erhosprediger Doehring geht zu den Bolschewiken.

Der "Bolschewische Beobachter" weißt, daß der Vertreter des Westvolks den Vorstoß des Bolschewisch-nationalen Blocks niedergelagt und seinen Austritt erklärt habe. Auch das Deutsche Bauern Schatzungsamt sei aus dem Block ausgeschlossen. Das Hitler-Organ knüpft an die Werbung die etwas düstige Frage, wen die Große, Wulle und Hanwing denn noch vertreten außer sich selbst.

Man wäre in Verlegenheit, die Frage zu beantworten, wenn

nicht das unentwegte Dreimännerkollegium ihnen unerwarteten Zuwachs erhalten hätte. Die deutsche Reformationspartei, deren Mitgliedschaft zumindest aus dem ehemaligen Vorsitzenden des Evangelischen Bundes und Wütherausgebers der "Täglichen Rundschau" Hosprediger Doehring hat, beschloß, sich dem Bolschewisch-nationalen Block anzuschließen. Da kann es also nicht fehlen!

### Berfenk — gehoben — zerhackt.

#### Die deutsche Kriegsflotte in Scapa Flow.

London, 15. März.

Wie der parlamentarische Sekretär der Admiraltät im Unterhaus mitteilte, hat die Flotte, die eine Reihe der bei Scapa Flow gebliebenen deutschen Kriegsschiffe zumindest aus dem ehemaligen Vorsitzenden des Evangelischen Bundes und Wütherausgebers der "Täglichen Rundschau" Hosprediger Doehring hat, beschloß, sich dem Bolschewisch-nationalen Block anzuschließen. Da kann es also nicht fehlen!

Eine Raub-Strafe pro Akt der Besessenen waren jedem Landbundmitglied in der schifflichen Überfahrt angedroht, das an einer Raubung der Landwirtschaft in Bauhen, Romens, Tobau und Jaidau nicht teilnahm. Der Landbund scheut also kein Zwangsmittel, um die Landwirte auf die Straße zu treiben.

# Pilsudski und das Parlament.

Anhänger eines Parlamentarismus nach seinem Wunsch.

Warschau, 15. März. (Eigenbericht.)

Der Pilsudski bei aller Wahlbeeinflussung eine Parlamentsmehrheit nicht erlangt hat, sucht er nun, bestimmenden Einfluß auf das Parlament in anderer Weise zu gewinnen. Er erklärte in einer Versammlung des Regierungsbüros, daß dieser auch im Parlament fest zusammenhalten und eine politische Einheit bilden müsse. Pilsudski hat die Blocknote insofern in der Hand, als sie vor den Wahlen sich verpflichten mußten, auf seinen Befehl selbst auf ihre Mandate zu verzichten. Pilsudski erklärte in der Versammlung, er sei persönlich Anhänger der parlamentarisch-demokratischen Staatsform und versuche jetzt zum dritten Male, eine Zusammenarbeit mit dem Parlament herbeizuführen. Er hoffe, daß ihm das nun, angesichts der großen Zahl seiner Anhänger im Parlament, gelingen werde, doch müsse das Parlament seine Arbeitsmethoden gründlich ändern. Die Pilsudski sich die Veränderung denkt und worauf sein Versuch sich gründet, die Zusammenarbeit mit dem Parlament zu ermöglichen, geht daraus hervor, daß er als seinen Kandidaten für den wichtigen Posten des Sejmarschalls den Abgeordneten Bartel aufgestellt hat, der wegen seines blinden Gehorsams gegenüber Pilsudski bekannt ist. Mit anderen Worten: Wenn das Parlament also Partei nicht zum Marschall wählt, was durchaus möglich ist, so soll gewiß der Versuch, mit dem Parlament zusammenzuarbeiten, als gescheitert gelten, wodurch auch die weitere Tätigkeit des Parlaments in Frage gestellt wäre. Als Nachfolger Bartels wird übrigens neben dem General Borzili auch der Minister für öffentliche Arbeiten, der frühere sozialistische Abgeordnete Moraczewski, genannt.

Die nicht mißzuverstehende Erklärung Pilsudskis, durch die das Parlament vor die Alternative gestellt wird, entweder seinen Kandidaten zum Sejmarschall zu wählen oder auf eine verfassungsmäßige Tätigkeit zu verzichten, wird durch weitere Äußerungen Pilsudskis im Kreise seiner Vertrauten noch wesentlich verschärft. Daraus geht unzweifelhaft hervor, daß Pilsudski das Parlament in seinen wichtigsten Rechten und Privilegien beschneiden will. So verlangt er neben einer Verkürzung der Beratungszeit für den Haushalt, die Abschaffung des Veto-Rechts und der parlamentarischen Festsetzung der Tagesordnung für die Sitzungen! Weiter soll der Staatspräsident das Recht erhalten, eine gewisse Kategorie von Angelegenheiten und Verordnungen eigenmächtig zu erlassen, ohne daß die Gegenzeichnung eines Ministers notwendig sein soll. Außerdem soll der Staatspräsident auch noch in gewissen außerpolitischen Fragen weitgehende Vollmachten erhalten.

## Aus Ostoberschlesien gewaltsam abgeschoben.

Larnowik, 15. März.

Die in Larnowik wohnhafte Wohlfahrtsorganisatorin Kopecki, deren Staatsangehörigkeit von den polnischen Behörden seit längerer Zeit angezweifelt wurde, erhielt die Aufforderung, Larnowik sofort zu verlassen. Da die Wohlfahrtsorganisatorin vor Rückkehr der Staatsangehörigkeitsfrage ihren bisherigen langjährigen Wohnsitz nicht verlassen wollte, wurde sie von der Polizei gewaltsam über die Grenze geschleppt, ohne daß es ihr möglich gewesen wäre, ihr Eigentum mitzunehmen.

## Waldemaros entlarvt sich.

Er bekennt sich zum Faschismus.

Der tschechische Botschaftspräsident Waldemaros nahm vor einigen Tagen an der Gründung des tschechischen Faschistenbundes teil, dem die Mehrheit des Reichstages und des Offizierskorps angehört. Waldemaros schloß seine Rede mit den Worten: „Unserer Zukunft liegt in einer zieschischen Staatsform, wie sie der Faschismus in Italien geschaffen hat.“

Das Regierungsblatt „Narodny List“ gibt zu, daß Waldemaros die vollständige Abschaffung des Parlaments plane; dafür sollen Handelskammer, Landwirtschaftskammer und eine neu zu schaffende Arbeitskammer „größere Rechte“ erhalten. Ein Oberhaus, dessen Mitglieder die Regierung aus juristischen Sachverständigen ernannt, soll dann die Wünsche und Pläne dieser drei Kammern zu Gesetzen zusammenfassen.

## Amnestieforderung für Bulgaren.

Von englischen Sozialisten erhoben.

London, 15. März. (Eigenbericht.)

Mehrere Abgeordnete der Arbeiterpartei haben an den bulgarischen Ministerpräsidenten Stajtschew ein Telegramm geschickt, in dem sie unter Hinweis auf den von den bulgarischen Sozialisten entworfenen Amnestieantrag für eine allgemeine und sofortige Amnestie der politischen Gefangenen und der aus politischen Gründen im Exil lebenden Bulgaren eintreten.

## Hochschulreaktion überall.

Skandal auf der Sorbonne.

Paris, 15. März.

Royalistische Studenten haben zum zweiten Male die Vorlesung eines vom Unterrichtsminister Herriot ernannten Professors an der medizinischen Fakultät, dessen politische Ansichten ihnen nicht gefallen, zu verhindern versucht. Während sie vorgerückten sich damit begnügt hatten zu lärmern, eröffneten sie gestern ein Bombardement mit Orangen gegen das Katheder und lärmten mit Pfeifen und Knoschuppen. Trotz Anwesenheit des Deans konnte auch diesmal der Professor nicht sprechen. Außerhalb der Universität gab es dann zwischen royalistischen und republikanischen Studenten Zusammenstöße. Bei den Schlägereien wurden, wie der „Quotidien“ berichtet, mehrere Studenten verletzt und mußten sich im Hospital verbinden lassen. Die Polizei hat im ganzen 17 Studenten verhaftet, sie aber nach Feststellung ihrer Person wieder freigelassen.

## Die Hochschulbuben von Lüttich.

Brüssel, 15. März. (Eigenbericht.)

Die von nationalistischen Studenten in Lüttich anläßlich eines Friedensvertrages des Reichstages, Bergstrasser unternommene Demonstration gestaltete sich wesentlich unerschütterlicher, als nach den ersten Meldungen angenommen werden konnte. Etwa 180 faschistische Studenten drangen in den Versammlungsraum ein und

# Aggrarierumult.

In Kurik führten die vom Landbund aufgebotenen Bauern des Finanzamt.



Der Bürgermeister: „Herr Baron, um Gotteswillen, was soll dabei nur herauskommen?“  
Der Großagrarier: „Was dabei herauskommen soll? — Na, ich denke: für meine dummen Bauern ein Landfriedensbruchprozeß und für mich eine siebenstellige Subvention!“

# Deutsch-französische Wirtschaft.

Seydoux erläutert England die Bedeutung der deutsch-französischen Annäherung.

London, 15. März.

„Times“ veröffentlicht einen Artikel von Jacques Seydoux über die erfolgte wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich und die Rolle, die seiner Ansicht nach Großbritannien dabei zukommt. Der Artikel gipfelt in dem Satz: „Frankreich und Deutschland können nicht ohne Großbritannien auskommen, aber Großbritannien braucht sie beide. Der Friede Europas und der Welt verlangt, daß jede französisch-deutsche Entente auf wirtschaftlichem Gebiet als Ergänzung einer noch engeren Entente zwischen Frankreich und Großbritannien hat, denn wenn Frankreich in einem guten Verhältnis zu Deutschland zu stehen wünscht, so wünscht es in einem noch besseren Verhältnis, und zwar in einem besseren Verhältnis als je, mit Großbritannien zu stehen.“

Im einzelnen führt Seydoux aus, der Wiederertritt Deutschlands in die politische Sphäre habe die gesamte Idee geändert. Die Wahrheit sei, daß Großbritannien gewußt habe, daß sich Deutsch-

land eines Tages erholen werde; es habe sein Bestes getan, um ihm hierbei zu helfen.

Deutschland sei Großbritannien alsbald nicht so sehr als ein Mächter als ein Rivale erschienen.

Die britische Industrie mit ihrer alten Ausrüstung, die mit zu hohen Kosten arbeitet, könne den Wettbewerb mit den gänzlich erneuerten deutschen Fabriken nicht durchhalten. Die Ruhrbesetzung habe bewiesen, daß Frankreich und Deutschland mehr durch eine Verständigung gewinnen können als durch Feindseligkeiten. Wenn diese Lage gedauert hätte, so wäre eine Entente Paris-Berlin durch die Macht der Ereignisse herbeigeführt worden. Deutschland und Frankreich befinden sich erst am Anfang des Weges zu einem Einverständnis auf dem Gebiet der Industrie, aber die Vorteile der ersten Vereinbarung seien derartig, daß jeden Tag Versuche unternommen würden, sie auszuweiten und weitere zu schaffen. Das französisch-deutsche Handelsabkommen habe die wirtschaftliche Richtung Frankreichs bestimmt; die französisch-deutschen Handelsbeziehungen beherrschten das gesamte französische Wirtschaftssystem.

versuchten den Bittlicher Universitätsprofessor Houbeau, der den Vorfall führte, niederschlagen. Sie wurden jedoch von den im Hofsaal empfindenden Mitgliedern der Arbeitermehrheit prompt hinausgeführt. Nach der Versammlung griffen die Kadaverbrüder das Haus, in dem Bergstrasser Platz genommen hatte, an und zerbrachen die Fensterscheiben. Sie wurden jedoch alsbald von der Polizei auseinandergetrieben. Ein Student wurde verhaftet.

Als am Donnerstag Professor Houbeau seinen Vortrag in der Universität beginnen wollte, fielen diese Studenten wieder. Schließlich wurde die Polizei herbeigerufen, die das Universitätsgebäude räumte. Die faschistischen Studenten zogen darauf durch die Straßen brüllend: Nieder mit den Boches!

## Die Wiener Universitätschande.

Von der Universität ist am 15. März 1848 die Revolution in Wien ausgegangen, von der Universität kam die unerschöpfliche Wobemische Legion, der Universitätsprofessor Führer war ihr Feldkaplan, und als er nach dreißigjährigem Exil aus Amerika zurückkehrte, waren es Professoren und Studenten der Universität, die ihn vor dem Verhungern bewahrten. Die Universität hat Führer ein würdiges Denkmal gesetzt, wie denn überhaupt die Wiener Universität ehemals eine Hochburg freien Geistes gewesen ist. Was sie aber heute ist, das hat ihr Rektor bewiesen, indem er akademischen Raum für eine würdige Märzfeier der sozialistischen Studenten verweigerte. An den Wiener Hochschulen regiert ein ädes Halenkreuzler und freizwerbende Professorenstellen werden von der stark dauerlich beeinflussten Spielregierung in erster Linie nach der Besinnung des Bewerbers befehlt: ist er gut kirikal, so ist er wissenschaftlich geeignet.

„Du alte Durcheinanderheit, wohin bist du entschwendet!“

## Der ermordete Faschist.

Durch italienische Erpresserpolitik zum Faschisten geworden!

Paris, 15. März. (Eigenbericht.)

Den Klatschbüchern zufolge hat der ermordete Faschist Savorelli, der früher einmal Anarchist und erbitterter Antifaschist war, in letzter Zeit als Spion im Dienst der italienischen Regierung gestanden. Die Ursache seiner politischen Betehrung soll die Heirat mit einer Lehrerin in Kavalle gewesen sein, deren Stellung und Grundbesitz durch die Ehe mit einem Faschistengegner bedroht waren.

Die Untersuchung dürfte einen interessanten Einblick in die Spionageorganisation, die unter den im Ausland lebenden Italienern unterhalten wird, bringen. Der Freund des Ermordeten, ein in Paris ansässiger italienischer Kaufmann Serrachioni, behauptet, daß ein in Belgien lebender italienischer Anarchist den Mord angezettelt habe. Im übrigen sei auch er als Faschist in Lebensgefahr. Der „Paris Soire“ will wissen, daß der angeklagte Anführer die Vorbereitung eines Attentats auf Mussolini aufgedeckt habe und der Pariser Polizei im Januar eine Anzahl von Dokumenten dazu übergeben habe.

## Belgischer Kommunistenrat.

Bekrafung der Oppositionsführer. — Ausräumung des Parteibureaus.

Brüssel, 15. März. (Eigenbericht.)

In der belgischen Kommunistischen Partei ist nun der Rat der alten Genossen ausgebrochen. Eine „Nationalkonferenz“ der Partei beschloß mit 74 gegen 34 Stimmen einen Bannstrahl gegen Oppositionsführer; sieben der bekanntesten Oppositionsführer, darunter Wg. van Overstraeten, wurden auf sechs Monate von allen Vertrauensposten entfernt. Von Overstraeten soll außerdem sein Parlamentsmandat sofort niederlegen.

Wie die Oppositionsführer sich diesem Beschluß zu unterwerfen gedenken, zeigt folgender ausführlicher Vorfall: Während die Nationalkonferenz in einer Provinzstadt lagte, drangen frühmorgens drei Männer und eine Frau in das Brüsseler kommunistische Parteibüro ein, erschossen Türen und Schränke und zogen mit einem Kasten Dokumente, Mitgliedslisten, Betrugsmarken, Briefpapier, Briefen und Karten sowie einer Schreibmaschine ab. Das kommunistische Parteiorgan, das mit großer Enttäufung über diesen Streich berichtete, sieht deutlich durchblicken, daß die Einbrecher Oppositionelle wären.

## Vom Löwen zerrissen.

Töblicher Unfall eines Löwenhändlers.

Zaansveld a. M., 15. März.

Nach Schluß der heutigen Vorstellung des Zirkus Gleich in der Festhalle wurde der Tierwärter Kuehne, der sich in den Stall des Löwen Sultan begab, von diesem angegriffen. Kuehne wurde in hoffnungslosem Zustande in das Krankenhaus eingeliefert.

# Schlichtung für die Reichsbahn.

## Die Hauptverwaltung operiert mit falschen Zahlen.

Die Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung des Lohnstreits bei der Reichsbahn beginnen, wie wir erfahren, am kommenden Dienstag.

Bei den ergebnislos verlaufenen Parteiverhandlungen wollten die Vertreter der Reichsbahn den Unterhändlern der Gewerkschaften glaubhaft machen, daß die Einnahmen der Gesellschaft nicht annähernd in dem Maße gestiegen seien wie die Ausgaben. Die Verwaltungsvertreter behaupteten, die Einnahmen seien im Vergleich mit dem Jahre 1913 beim Personenverkehr nur um 26 Proz. und beim Güterverkehr um 30 Proz. gestiegen.

Dieses Prozentverhältnis entspricht nicht den Tatsachen. Werden die Gesamteinnahmen des Jahres 1913 in Höhe von 3058 Millionen gleich 100 gesetzt, so ergibt sich für die Einnahmen des verfloßenen Jahres (3039 Millionen) eine Indexziffer von 164,8. Im einzelnen sind die Einnahmen aus dem Personenverkehr um 52,6 Proz., aus dem Güterverkehr um 67,4 Proz. und aus sonstigen Einnahmen sogar um 90 Proz. gestiegen. Wollten die Verwaltungsvertreter die Gewerkschaften und die Öffentlichkeit täuschen?

Den Mehrbedarf auf der Ausgaben Seite für 1928 gab die Finanzabteilung mit 400 Millionen Mark an. Eine sehr hohe Summe! Hat die Verwaltung vielleicht schon 100 Millionen Mark für die Erhöhung der Arbeitslöhne eingerechnet? Schätzungsweise liegt sich der Mehrbedarf für 1928 folgendermaßen zusammen: für die höheren Beamtensgehälter 210 Millionen Mark, für den Reparationsdienst 70 Millionen Mark, für höhere Vorzugsdiabende 14 Millionen Mark, zusammen: 294 Millionen Mark. Dieser Betrag läßt sich durch ein Zurückführen der sachlichen Ausgaben und der Ausgaben für Erneuerung auf ein normales Maß zum größten Teil im laufenden Jahre einsparen.

Die Ausgaben für das laufende Jahr sind keineswegs schlecht. Die Tagesbruttoeinnahmen betragen im Januar 16,1 Millionen und im Februar 16,5 Millionen. Verglichen mit den Einnahmen der gleichen Monate des Vorjahres in Höhe von 15,4 bzw. 15,9 Millionen ergibt sich eine Steigerung von durchschnittlich 4,2 Proz. Bei gleichbleibender Geschäftslage sind danach für das laufende Jahr um über 210 Millionen Mark höhere Einnahmen zu erwarten. Die augenblicklich feststehende Geldsituation hat der Verwaltungsrat durch seine verfehlte Anlagepolitik selbst verschuldet. Dafür zu bluten, lehnen die Eisenbahner ab.

## Die Eisenbahner bereiten sich zum Kampf.

In einer überfüllten Funktionärerversammlung des Eisenbahnerverbandes referierte gestern Abend Jahn über den Stand der Lohnbewegung. Nach einer Diskussion, in der die Entrüstung der Eisenbahner über das Verhalten der Hauptverwaltung zum Ausdruck kam, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die äußerst stark beschädiigte Konferenz der Betriebsvertrauensleute, Betriebs- und Beamtensräte nimmt mit Empörung Kenntnis von der bisher eingenommenen ablehnenden Haltung der Deutschen Reichsbahn-Hauptverwaltung gegenüber den Tarifgewerkschaften um Aufbesserung der Eisenbahnerlöhne. Insbesondere aber erhebt sie klammern Protest gegen das prosklavatorische Verhalten des Generaldirektors Dr. Dörpmüller, weil er es für notwendig hält,

auf Reisen zu gehen, anstatt sich an den Verhandlungstisch zu bemühen, um gemeinsam mit den Tarifgewerkschaften über das Wohl und Wehe der Eisenbahnarbeiter zu beraten. Vom Hauptverband des Einzelverbandes der Eisenbahner Deutschlands wird gefordert, sofort alle Maßnahmen zu treffen, um den von einem vorüberwiegend gewordenen, hartnäckigen Gegner aufgezwungenen Kampf siegreich bestehen zu können.

## Vor einem Kampf im Buchdruckgewerbe

### Verantwortungslose Haltung der Unternehmer.

Der Schiedsspruch im Lohnstreit des deutschen Buchdruckgewerbes ist von den Prinzipalen angenommen worden; sie haben Verbindlichkeitsklärung des Spruchs beantragt. Die Verhandlungen über diesen Antrag finden Anfang der nächsten Woche statt.

Die Situation im deutschen Buchdruckgewerbe ist ernst. Der seit 37 Jahren dem deutschen Buchdruckgewerbe beschiedene Friede ist in seinen Grundfesten erschüttert. Kommt es nicht zu einer Verständigung, dann ist die Arbeiterschaft gezwungen, zu den Waffen des Gewerkschaftskampfes zu greifen, um sich eine annehmbare Lohn-erhöhung zu sichern.

Die von den Arbeitern bei den Verhandlungen vorgebrachten Argumente über die Verteuerung der Lebenshaltungskosten sind in keinem einzigen Falle von den Prinzipalen widerlegt worden. Daß über die nachgewiesene Verteuerung hinaus auch noch ein Anspruch auf eine bessere Lebenshaltung besteht, ist von den Prinzipalen mehrfach anerkannt worden. Die Arbeitgebervertreter konnten daher auf eine Begründung ihrer Forderung mit amtlichen Indizes verzichten. Die Unternehmer haben sich von vornherein durch ihren Gegenantrag, der eine Fortführung des jetzigen Lohns um ein weiteres Jahr fordert, jede Möglichkeit zu einer Verständigung genommen.

Bedenklich bleibt, daß auch im Lohnstreit des Buchdruckgewerbes die Unternehmer vor der eigenen Verantwortung die Flucht ergriffen haben. Die Haltung der Prinzipale war von vornherein darauf angelegt, die Verantwortung für die notwendige Neuregelung der Lohnverhältnisse dem staatlichen Schlichter aufzubürden. Im Buchdruckgewerbe wie in der Metallindustrie wie bei der Reichsbahn — überall dasselbe Bild: dieselben Herrschaften, die über die Bevormundung durch das staatliche Schlichtungswesen jammern, sind die ersten, die zum Schlichtungsstuhl laufen.

## Die Berliner Holzarbeiter fordern.

### Allgemeine Lohnerhöhung um 15 Pfennig.

Die Vertrauensleute der Berliner Holzarbeiter nahmen gestern Abend in den Andreasfesttagen Stellung zur Kündigung der Lohnabkommen. Wie der Bevollmächtigte Genosse Boese mitteilte, hat sich die Frage der Tarifkündigung dadurch von selbst

beantwortet, daß die Vereinigten Arbeitgeberverbände der Berliner Holzindustrie (Vabho) von sich aus den Lohnsatz zum 31. März gekündigt haben.

Daraus ergibt sich mit Notwendigkeit, daß die Organisation bei dem unter Führung des Obermeisters Paeth stehenden Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie (VBBV) abgeschlossenen Tarif kündigen muß. Die Vereinigten Arbeitgeberverbände verlangen eine unveränderte Verlängerung des Lohnsatzes bis zum 15. Februar 1929, an welchem Tage sowohl der Reichsmanteltarif als auch der Reichslohntarif für die deutsche Holzindustrie ablaufen. Die Absicht der Vereinigten Arbeitgeberverbände wird damit klar. Es ist schon lange das Bestreben des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie, die Berliner Holzindustrie ebenfalls unter die beiden Reichslohntarife zu bringen. Die schlechteren Arbeitsbedingungen und niedrigeren Löhne enthalten als die Berliner Tarife. Die erweiterte Disziplinverwaltung hat aus dieser Erkenntnis heraus auch mit großer Mehrheit beschlossen, den Tarif mit der Paethschen Vereinigung ebenfalls zum 31. März zu kündigen und eine Erhöhung aller bestehenden Löhne der Facharbeiter um 10 Pf. pro Stunde und der Arbeiter im gleichen prozentualen Verhältnis zu fordern.

In der Diskussion wurde von allen Rednern die Auffassung vertreten, daß der Lohnsatz gekündigt und die aufgestellten Forderungen mit allem Nachdruck vertreten werden müssen. Von einem Teil der Disziplinverwalter wurde die Forderung als zu niedrig bezeichnet und beantragt, anstatt 10 Pf. Lohnerhöhung für die Facharbeiter eine generelle Lohnerhöhung für alle Arbeiter und Arbeiterinnen um 15 Pf. pro Stunde zu fordern.

Der Vorschlag der erweiterten Disziplinverwaltung wurde in geheimer Abstimmung abgelehnt. Beschlossen wurde vielmehr, die Organisation zu beauftragen, für sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Holzindustrie eine Lohnerhöhung um 15 Pf. pro Stunde und eine Erhöhung der Akkorde im gleichen Prozentverhältnis zu fordern. In dieser Lohnbewegung sind etwa 20.000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt.

**Wahlung, Spinnstoff-Fabrik und Textil-Fabrikanten** heute 16 Uhr bei Reuter, "Waldschloß", Groppe, wichtige Versammlung aller Parteimitglieder. **Der Reichslohnrat** heute 18 Uhr im "Königlichen Hof", wichtige Versammlung aller Parteimitglieder. **Der Reichslohnrat** heute 18 Uhr im "Königlichen Hof", wichtige Versammlung aller Parteimitglieder.

**Preis-Gewerkschaftsjugend** Ost-Berlin, heute, Freitag, 19. März, Lager der Gruppen: **Seemannsgruppe** Gruppenheim Jugendheim, Sandberg 11. **Die Arbeitergruppe** Eine Stunde, Staatsstr. 10. **Waldschloß** Gruppenheim, Sandberg, Groppe, 65-69. **Ungarische** und **Polenarbeiter** arbeiten über Nacht. **Reppelgruppe**: Jugendheim des Reichslohnrats, Turiner, 100, Groppe. **Wir** haben unsere Federkassette. Die Studenten unserer Arbeiterkassen haben wieder einmal das Wort. **Jugendgruppe** Karlshorst, Jugendheim, Oberwasser, 10. **Waldschloß** Gruppenheim. **Waldschloß** Gruppenheim, Sandberg, 11. **Waldschloß** Gruppenheim, Sandberg, 11. **Waldschloß** Gruppenheim, Sandberg, 11. **Waldschloß** Gruppenheim, Sandberg, 11.

**Jugendgruppe des FVd.** heute, Freitag, 19. März, haben folgende Versammlungen statt: **Waldschloß** Gruppenheim, Sandberg, 11. **Waldschloß** Gruppenheim, Sandberg, 11. **Waldschloß** Gruppenheim, Sandberg, 11. **Waldschloß** Gruppenheim, Sandberg, 11.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Gustav Bauer, Reichsminister für Volkswohlfahrt, Ernährung und Landwirtschaft. **Waldschloß** Gruppenheim, Sandberg, 11. **Waldschloß** Gruppenheim, Sandberg, 11. **Waldschloß** Gruppenheim, Sandberg, 11.

# WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz  
Preise nur Freitag und Sonnabend, soweit Vorrat.  
Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

- Fettbücklinge** Pfund 20 u. 25 Pf.  
Kieler Bücklinge Pfd. 40 Pf.  
Fleckharinge etc. Pfd. 40 Pf.  
Sprotten . . . Kistchen 40 Pf.
- Rotwurst** schlesische . . . Pfund 75 Pf.  
Mettwurst hannoversche gekochte, Pfd. 1.10  
Landleberwurst Pfund 1.10  
Dampfwurst Pfund 1.10  
Speck fett u. mager, Pfund 1.10  
Jagd- u. Mettwurst Pfd. 1.30  
Hildesheimer Pfund 1.35  
Schinkenpolnische Pfd. 1.35  
Schinkenspeck Pfund 1.55  
Leberwurst feine, Pfund 1.65
- Weißer Bohnen** . . . Pfund 20 Pf.  
Linsen . . . Pfund 20 Pf.  
Neue Linsen . . . Pfund 30 Pf.  
Koch-Erbsen extra Pfd. 24 Pf.  
Viktoria-Erbsen Pfd. 32 Pf.

- Konserven**
- in Dose in Dose  
Br.- u. Schnittbohne I 68 Pf.  
Stapen-Br. I 75 Pf.  
Erbsen m. geschn. Karotten 75 Pf.  
Leipziger Allerlei 85 Pf.  
Gemischt. Gemüse 1.10  
Gemüse-Erbsen 66 Pf.  
Junge Erbsen mittelste 92 Pf.  
Junge Erbsen sehr fein 1.40  
Br.-Spargel extra stark 3.10  
Weißkohl . . . 43 Pf.  
Sellerie in Scheiben . . 95 Pf.
- Konfitüre, 2-Pfund-Eimer**  
Pflaumen 1.10 Aprikosen 1.10 Orange 1.15 Erdbeer 1.35
- Gebr. Kaffee** eigene Rösterei Pfund von 2.30 an  
**Tee** Ceylon II 1.25  
Ceylon III 1.55  
Indien 1.70  
China 1.85  
Ceylon 2.00  
Darjeeling 2.00



- ## Teigwaren
- Hartweizen-Makkaroni 1 Pfund-Paket 0.75  
Hartweizen-Spaghetti 1 Pfund-Paket 0.80  
Eier-Röhren 1 Pfd.-Paket 0.90
- Eier-Schnitt- u. Faden-Nudeln 1 Pfund-Paket 0.90  
Eier-Spätzle, Rels-, Schleifchen u. Muscheln 1 Pfund-Paket 0.90

## Frisches Fleisch

- Kalbskamm** Brust u. Rücken, Pfund 68 Pf.  
**Kalbskeule** ganz und geteilt Pfund 88 Pf.  
**Schweinebauch** ganz und Rücken mit Bellage Pfund 75 Pf.  
**Schweinekamm** und Blatt, Pfund 84 Pf.  
**Dickes Rückenfilet** . . . Pfund 68 Pf.  
**Lieser** Pfd. 60 Pf. **Gehacktes** Pfd. 70 Pf.  
**Querrippe** . . . Pfund 70 Pf.  
**Rinderkamm u. Brust** Pfund 75 Pf.  
**Schmorfleisch** und Rosatbeef mit Knochen Pfund 90 Pf.  
**Käbler, Speer u. Kamm** Pfund 92 Pf.  
**Rindernieren-Talg** angeflusset Pfund 48 Pf.

## Prima Gefrierfleisch

- Suppenfleisch** Pfund 50 Pf.  
**Ochsenkamm u. Brust** Pfund 58 Pf.  
**Hammel-Vorderfleisch** Pfund 69 Pf.  
**Hammelrücken** . . . Pfund 74 Pf.  
**Kuhheuter** . . . Pfund 25 Pf.

## Geflügel

- Gänse** getrocknet Pfund 48, 58 Pf.  
**Enten** getrocknet Pfund 1.10 1.25  
**Suppenhühner** Pfund 98 Pf.  
**Ungarische Puten** . . . Pfund 95 Pf.  
**Wolgahühner** . . . Pfund 1.10 an

## Fische

- Kabeljau** ohne Kopf, ganze Pfund 14 u. 18 Pf.  
**Goldbars** ohne Kopf . . . Pfund 24 Pf.  
**Brätschollen** rauhe . . . Pfund 24 Pf.  
**Fl. et** von Kabeljau Pfund 28 Pf. **Scheffisch** 30 Pf.  
**Lebende Karpfen** Pfund von 1.15 an  
**Grüne Meringe** 5 Pfund 40 u. 48 Pf.

## Apfelsinen

- Boskop-Renetten** Pfd. 20 Pf.  
**Ananas-Renetten** Pfd. 22 Pf.  
**Elseräpfel** rote, Pfund 25 Pf.  
**Tiroler Äpfel** Kälterer 40 Pf.  
**Bananen** . . . Pfund 48 Pf.  
**Kalif. Äpfel** Pfund 48, 55 Pf.  
Kiste ca. 46 Pfd. brutto 18.75
- Messina (Halbbild)** Kiste 100 Stück 10.50  
**Apfelsinen** Dp. 60, 80, 1 M  
**Datteln** Marokkaner 33, 58 Pf.  
**Kranzfeigen** . . . Pfund 28 Pf.  
**Ananas** frische Pfund 90 Pf.  
**Weißkohl** österreich. Pfund 8 Pf.  
**Wirsingkohl** holl., Pfd. 18 Pf.

## Camembert (Halbbild) vollfest 30 Pf.

- Ramadou** vollfest, Stück 20 Pf.  
**Holländer** halbfest, Pfd. 80 Pf.  
**Edamer** halbfest Pfund 80 Pf.  
**Limburger** halbfest, voll (All sort) Pfd. 44 Pfd. 85 Pf.  
**Steinbuscher** voll, dreiviertel, Pfd. 75 Pfd. 98 Pf.  
**Schweizkäse** dänischer 88 Pf. bayrischer voll, Pfd. 1.55
- Camembert (Halbbild) vollfest 30 Pf.**  
**große Schachtel** 30 Pf.  
**Tilsiter** vollfest, Pfd. 95 Pf. 1.10  
**Tilsiter** ohne Rinde, vollfest 1.25 Pfund  
**Margarin** Pfund 52, 58 Pf.  
**Kokosfett** 1-Pfund-Tafel 62 Pf.  
**Bratenschmalz** Pfund 70 Pf.  
**Tafelbutter** . . . Pfund 1.98  
**Dänische Butter** Pfund 2.18

## Vollmilch-Schokolade 75 Pf.

- mit ganzen Haselnüssen, 2 Tafeln à 100 Gr.  
**Vollmilch-Schokolade „Relief“** 1/2 Pfd. 45 „Borke“ 50 Pf.  
**Creme-Schokolade** mit Apfelsinen- u. Himbeer-Geschmack 2 Tafeln à 100 Gramm 45 Pf.  
**Dessert-Brezeln** . . . 1/2 Pfund 38 Pf. 1/4 Pfund 75 Pf.  
**Sandgebäck** . . . 1/4 Pfund 25 Pf. Pfund 95 Pf.

## Wein

- Frankfurter Apfelwein „Rackles Urquell“** . . . 63 Pf.  
**Johannisbeerwein** weiß oder rot, Stachelbeerwein 90 Pf.  
**Oberhaardter Tisch- und Bowlenwein** . . .  
**Domaine St. Coloma** wider spanischer Rotwein . . . 1.10  
**Tarragona Rot** keine Qualität . . .  
**1921 Gundersheimer Berg** vorzügl. rhein. Rotw. . . 1.30  
**Fruchtschaumwein** mit Steier und Flasche . . . 1.50  
**1926 Niersteiner** sehr guter Tischwein . . . 1.50  
**Malaga Golden** italien. . . . . 1.65  
**Insel-Samos** sehr delik. . . . . 1.65  
**1921 Bernkasteler blaunige Mosell.** . . . . . 1.80  
**1921 Médoc** Wachstum Gobleaux, gehaltvoll Bordeaux  
**Auf Wunsch ausführliche Wein-Preisliste**  
**9 Sorten Wein u. Spirituosen v. Faß zu Extra-Preisen**

# Deutschnationale als Schädiger Berlins.

## Eingemeindung der Gutsbezirke. — Giftiger Haß gegen Anschaffungsgesellschaft.

Die Deutschnationalen „bewähren sich“ immer wieder als Schädiger der Stadt Berlin. In der Stadtorordnetenversammlung wandten sie sich gegen den Magistratsplan der Eingemeindung aufzulösender Gutsbezirke, und hier stand die Deutsche Volkspartei ihnen bei. Berlin soll nicht wachsen, soll keinen Einfluß haben auf Gebiete, die wirtschaftlich zu Berlin gehören und einmal für Berlins Siedlungspolitik eine große Bedeutung erlangen können. Unser Genosse Bohmann antwortete den Gegnern der Eingemeindung und stellte den wohlbegründeten Anspruch Berlins auf die Einbeziehung benachbarter Gutsbezirke fest. Eine Mehrheit, die sich aus Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten zusammensetzte, billigte den Plan des Magistrats, der hiernach die nötigen Schritte tun wird. Am letzten Teil der Sitzung wurde mit den Deutschnationalen abgerechnet wegen des standeslosigen Streiches, den sie gegen die städtische Anschaffungsgesellschaft verübt haben. Aufbegehren wollten sie noch gegen ihre in der Magistratsvorlage besorgte Brandmarierung. Unser Genosse Bublitz hielt ihnen vor, daß sie durch ihre „Entrüstung“ nur von dem Standal ablenken wollten. Zwei Kommunisten, Stadtrat Göbel und Stadtorordneter Degner kennzeichneten die Quaken, aus denen die Deutschnationalen das „Material“ geschöpft haben, mit dem sie gegen eine städtische Gesellschaft — den Staatsanwalt mobil machen zu dürfen geglaubt haben. Die Untersuchung durch den Magistrat hat die Haltlosigkeit ihrer Behauptungen ergeben.

Auf eine Anfrage der Kommunisten, was der Magistrat zu tun gedenke, um den an der Zusammenlegung der Bezirksmüllbetriebe beteiligten Arbeitern ihre wohl-erworbenen Rechte zu sichern, antwortete Stadtrat Genosse Reuter, daß die Arbeiter bei der neuen Aktiengesellschaft die gleichen Rechte haben wie früher. Der Aktiengesellschaft ist sogar nahegelegt worden, für ihre sonstigen Arbeiter auch Ruhegeldbeträge zu gründen. — Für den Ausbau der Planfläche am Wilhelmstraße, gegenüber von Baumhulsenweg, in ein „Planischbad“ wurden 2100 M. bewilligt. Die Stadt will mit diesen Mitteln vor allem die nötigen Sicherungen gegen Unfälle schaffen. Die Vorlage wurde besonders vom Genossen Leppert warm befürwortet. Bewilligt wurden auch größere Mittel für den Ausbau des Freibades Wannsee. — Bei der Beratung einer Vorlage, die in Ausführung des Gesetzes über die

### Auflösung der Gutsbezirke

eine Angliederung nahe an Berlin gelegener Gutsbezirke an die Stadt zum Gegenstand hat, hielt der deutschnationale Dr. Steiniger eine Rede gegen diese Angliederung. Der Magistrat steht demgegenüber auf dem Standpunkt, daß das vom Landtag kürzlich verabschiedete Gesetz nicht nur diese Maßnahme erfordere, sondern daß auch die tatsächlichen Verhältnisse es erfordern. Ein großer Teil der in Frage kommenden Gutsbezirke sind bereits im Eigentum der Stadt Berlin oder sind zum mindesten bei Berlin besser aufgehoben, denn als selbständige Bezirke oder als Teil von anderen kleinen Gemeinden. Genosse Bohmann betonte, daß es unzumutbar sei, die Deutschnationalen in dieser Frage überzeugen zu wollen; es sei in der jetzigen Zeit eben nicht mehr möglich.

### Berlin mit einer chinesischen Mauer zu versehen!

Die Sozialdemokraten wollen mit Bewußtsein, daß schon längst wirtschaftlich zu Berlin gehörende Gebietsteile auch an diesen leistungsfähigen Kommunalkörper angegeschlossen werden! (Bravo! bei den Soz.) Die Stadtorordneten Göbel (Komm.) und Meeren (Dem.) erklärten das Einverständnis ihrer Fraktionen zu der Vorlage. Die Vorlage wurde dann auch mit großer Mehrheit angenommen. — Die Verwaltungsreform des höheren Schulwesens wurde genehmigt.

Zur Beratung kam dann eine Dringlichkeitsvorlage des Magistrats, die Stellung nimmt zu der Ablehnung der von der Stadtorordnetenversammlung gewählten

### Verwaltungsausschussmitglieder für das Landesarbeitsamt Brandenburg

durch den Oberpräsidenten von Berlin-Brandenburg. Gewählt wurden damals die Genossen Ulrich und Krause (die man ablichte) und Frau Wunderlich (Dem.) und Frau Dr. Wäner (D. Sp.), die bestätigt wurden. Genosse Bublitz sagte, daß der Minister und der ausführende Oberpräsident offensichtlich das gesetzlich festgelegte Vorschlagsrecht der Gemeinden verweigert haben, als sie feststellten, daß die Vertreter der Gemeinden „weder Arbeitnehmer noch Arbeitgeber“ sein dürften. Es sei direkt eine Einengung des Vorschlagsrechts, gegen die schärfste Protest zu erheben sei. Die sozialdemokratische Fraktion habe sich an Mitglieder des Reichsrats mit dem Ersuchen um Stellungnahme und Auskunft gewandt und im zuständigen Ausschuß des Reichstags habe der sozialdemokratische Abgeordnete Fühler ebenfalls Protest eingelegt. Auf die bestätigte Demokratin Wunderlich treffen die gleichen Voraussetzungen zu, sie ist auch „Arbeitnehmer“ wie Ulrich und Krause, deshalb sei die Verweigerung der Bestätigung um so verwunderlicher. Die Gemeinden könnten sich unter keinen Umständen gefallen lassen, daß ihnen Vorschriften gemacht werden, wenn sie zu wählen hätten, weil derartige Vorschriften im Gesetz keine Begründung finden und weil andererseits unter diesem Zwange auch die Sachverständigkeit des Verwaltungsausschusses leiden könne. Um das Vorschlagsrecht nicht vollends einzubüßen (der Oberpräsident kann bei Weigerung der Gemeinden Verwaltungsausschussmitglieder ernennen), würden die Sozialdemokraten unter Protest einer Ersatzwahl zustimmen. Bei der endgültigen Erledigung des Streifalles würde dann aber auf Ulrich und Krause zurückgegriffen. Bublitz legte einen Protestantrag vor, der angenommen wurde. An Stelle von Ulrich und Krause wurden Stadtrat Genosse Fabiunke und Stadtorordnete Genossin Hoppe vorgeschlagen. Die namentliche Abstimmung ergab die Wahl des Genossen Fabiunke zum Ausschussmitglied und Bunge (Dnat.) zum Stellvertreter. Der Kommunist Luderer fiel bei der Listenwahl aus.

Wie im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt, hatten die Deutschnationalen ohne der Stadtorordnetenversammlung oder dem Magistrat Mitteilung zu machen,

### gegen 10 Angestellte der Berliner Anschaffungsgesellschaft Anzeige

bei der Staatsanwaltschaft wegen Bestechung erhoben. Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion wandte sich Genosse Bublitz mit einer Schärfe gegen das mehr als merkwürdige Verhalten der Deutschnationalen. Der Verfasser der Anzeige habe offenbar keinen allen Beruf als Major nicht vergessen können und habe geglaubt, mit Korrespondenzbefehlen eine solche Sache behandeln zu müssen. Mit so einfachen Methoden geht es denn doch nicht. Die Deutschnationalen haben es sich sogar geleistet, ihrem eigenen Ausschussmitglied in der Anschaffungsgesellschaft nichts von der Anzeige zu sagen! (Hört! hört! links.) Hat hier etwa die Angst mitgewirkt, daß von einem vermuteten Agitationsmaterial etwas verloren gehen könne? (Gelächel bei den Deutschnationalen!) Die Deutschnationalen haben mit ihrem Vorgehen einen ganz ungewöhnlichen Weg beschritten, der bisher noch nie gegangen wurde. Bis jetzt haben die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft den geringsten Anhalt für die erhobenen Beschuldigungen ergeben, ja es hat sich herausgestellt, daß ohne Beweismomente Behauptungen aufgestellt wurden, die keiner Prüfung standhalten.

Es ist aufs tiefste zu bedauern, daß eine große Fraktion gegen städtische Einrichtungen mit solchen Mitteln vorgeht. Dadurch hat sich die deutschnationale Fraktion des Ansehens um die Achtung begeben!

(Bravo links!) Stadtorordneter Dove (Dem.) bedauerte ebenfalls, daß die Deutschnationalen mit der Angelegenheit gleich zum Staatsanwalt geeilten und nicht zur Stadtorordnetenversammlung gebracht haben. Stadtorordneter Göbel (Komm.) betonte, daß die Anschaffungsgesellschaft alles getan habe, um die Aufführung zu fördern. Wenn der Stadtorordnete Lüdke (D. Sp.) meinte, der Magistrat hätte mit seiner Vorlage zur Kenntnisnahme „in ein schwebendes Verfahren eingegriffen“, so sei festzustellen, daß der Magistrat nur seine Pflicht der Stadtorordnetenversammlung gegenüber erfüllt habe. In der Vorlage wird die Tatsache der Anzeige festgestellt und bedauert, daß die Angelegenheit die Sache — wenn sie glauben Anhalt zu Beanstandungen zu haben — nicht in der Stadtorordnetenversammlung zu Sprache gebracht haben. Stadtorordneter Degner (Komm.) betonte, daß es den Deutschnationalen nicht auf die Aufhebung von Mißständen angekommen sei. Jedenfalls sei das Ausschussmitglied der Deutschnationalen von der Anzeige seiner Parteifreunde vollkommen abgerückt, habe sie beurteilt und habe sogar für ein Vertrauensotium für die Geschäftsleitung mitgestimmt! (Hört! hört! links.) Ein Mitglied der deutschnationalen Fraktion habe heute (Donnerstag) im Garderobenraum der Stadtorordnetenversammlung mit einem schäblichen Angehörigen der Anschaffungsgesellschaft gesprochen, der wegen verschiedener Dergleichen entlassen wurde, die sehr wohl hätten den Strafrichter beschäftigen können. So sehen die Kronzeugen der deutschnationalen Angelegenheiten aus! (Stürmisches Hört! hört! links. Zurufe zu den Deutschnationalen hin!) Stadtorordneter Meerkel (Dnat.) erklärte, daß er einen solchen Mann nicht kenne.

### Deutschnationale Blamage beim Schussstreik. Freche Hehe gegen einen sozialistischen Bürgermeister.

Die Eltern, deren Kinder die Schule in der Sonnenburger Str. besuchen, die betamlich in eine Sammelschule umgewandelt werden soll, veranstalteten gestern eine „Protest“-Kundgebung gegen den sozialdemokratischen Bürgermeister des Bezirks, Dr. Ostrowski. Die Mehrheit der Anwesenden dieser von einem Herrn Bahmann einberufenen Versammlung bestand jedoch aus Anhängern der — weltlichen Schule. Anwesend war auch der Rektor der Schule. Die Redner waren vorzugsweise deutschnationale Bezirksverordnete, die die Gelegenheit wahrnahmen, um politische Thesen zu dreschen. Die Versammlung nahm die Reden, vor allem die des deutschnationalen Bezirksverordneten Kanjer, mit großem Protest auf. Dieser Redner erging sich in den unflätigsten Beleidigungen gegen den Bürgermeister Dr. Ostrowski. Der Versammlungsorganisator lehnte es ab, gegen den Redner einzuschreiten. Die Versammlung beantwortete die Schmäherei mit dem Jurist: „Jetzt melden wir unseren Jungen erst recht zur weltlichen Schule an!“ Dieser Jurist fand den Beifall fast der gesamten Versammlung. Der Vorsitzende Bahmann schloß eine von Unlogik strotzende Resolution mit der Bemerkung, daß, wenn die Behörden nicht eingreifen, die Rotweih des Schussstreiks wieder aufgenommen würde. Die Resolution wurde gegen eine ganz lächerliche Mehrheit abgestimmt. Der Verlauf der Versammlung hat bewiesen, daß ohne ein Eingreifen der Behörden dieser widerlichen Hehe der Deutschnationalen kein Ende beschieden werden kann. Die Schulaufsichtsbehörden müssen unter allen Umständen dafür sorgen, daß der Terror weniger Eltern gegen die Schulpflege des Bezirksamtes gebrochen wird.

Die Ausstellung „Die Arbeitsgebiete des Reichsarbeitsministeriums“ in dessen Dienstgebäude Berlin NW. 40, Schornhorststraße 35, steht jede Woche von Montag bis Freitag in der Zeit von 10 bis 15 Uhr, Sonnabends von 10 bis 13 Uhr, zur unentgeltlichen Besichtigung offen. Besichtigungen durch geschlossene Gruppen sind nach vorheriger Vereinbarung mit dem Ausstellungskurator Ministerialrat Dr. Hartrodt auch zu anderen Tageszeiten möglich. (Zentral-Norden 2831.)

# Menschen, Göttern gleich...

45] Roman von Herbert George Wells.

Mr. Catskill, die Hände in den Hüften, wandte sich in außerordentlich guter Laune an Mr. Barnstaple. „Dreitausend Jahre von uns entfernt — ja! Dreitausend Jahre voraus — nein! Hierin behaupten Sie und ich das Gegenteil. Sie sagen, diese Leute sind Uebermenschen. hm — Uebermenschen... Ich sage, es sind degenerierte Menschen. Gestalten Sie, daß ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Begründung dieser meiner Annahme lenke — trotz ihrer Schönheit, ihrer sehr erheblichen materiellen und geistigen Erregenschaften usw. Ideale Geschöpfe, gebe ich zu... was weiter? ... Meine Ansicht ist, daß sie einen Höhepunkt erreicht — und überschritten haben, daß sie nur durch Trägheit weiterkommen und daß sie die Kraft verloren haben, nicht nur Krankheiten zu widerstehen — wir werden sehen, wie diese Schwäche immer mehr und mehr um sich greift — sondern auch, unbekanntem und bedrohlichen Zwischenfällen zu begegnen. Sie sind edel, ja zu edel, sie haben keine Latenz, sie wissen nicht, was sie tun sollen. Hier steht Vater Amerion. Er hat die erste Versammlung in beleidigender Weise gestört. (Sie wissen, Vater Amerion, daß Sie es taten, ich mache Ihnen Vorwurf, Sie sind moralisch — feinfühlig und es gab allerhand, was Sie verletzten.) Ihm wurde gedroht — wie einem kleinen Buben von einem schwachen Weid gedroht wird. Es sollte etwas mit ihm geschehen. Ist ihm irgend etwas angetan worden?“

„Ein Mann und eine Frau kamen zu mir und sprachen mit mir,“ sagte Vater Amerion.  
 „Und was taten Sie?“  
 „Ich habe sie einfach widerlegt. Ich habe meine Stimme erhoben und habe sie zum Schweigen gebracht.“  
 „Was sagten sie?“  
 „Was konnten sie sagen?“  
 „Wir dachten alle, dem armen Vater Amerion würde Furchtliches zustößen. Gut, und nun nehmen Sie einen schwereren Fall. Unser Freund Lord Barralonga rannte mit seinem Wagen Amot und tötete einen Mann. hm, Sie wissen, sogar zu Hause hätte man Ihnen die Lizenz entzogen und Ihrer Rafferei ein Ende gesetzt. Aber hier? ... Man hat diese Angelegenheit bis jetzt kaum erwähnt. Weshalb? Weil sie nicht wissen, was sie dazu sagen sollen, oder was damit anfangen. Und nun haben sie uns hierher geführt und

uns freundlich gebeten, brav zu sein. Bis sie bereit sind zu kommen, um an uns Experimente zu machen, uns etwas einzupflanzen und, weiß Gott was sonst noch. Und wenn wir uns unterwerfen, mein Herr, wenn wir uns fügen, verlieren wir eines unserer stärksten Nachtmittel über diese Leute, unsere Kraft, Krankheit zu verbreiten und zugleich ihr widerstehen, und ich weiß nicht, welche weiteren, wirksamen Kräfte, die sehr wohl mit jener physiologischen Fähigkeit, deren wir beraubt werden sollen, verbunden sein mögen. Sie könnten dann mit unseren verstopften Drüsen ihr Spiel treiben. Aber die Wissenschaft lehrt uns, daß es gerade jene Drüsen sind, deren Aussonderungen unsere Persönlichkeit beeinflussen. Geistig und moralisch würden wir zerstückt werden. Wenn wir uns fügen, mein Herr — wenn wir uns fügen. Aber angenommen, wir fügen uns nicht, was dann?“

„Run,“ sagte Lord Barralonga, „was dann?“  
 Sie werden nicht wissen, was sie tun sollen. Lassen Sie sich nicht durch irgendwelche äußeren Anzeichen von Schönheit und Gedeihen irreführen. Diese Leute leben, wie es die alten Peruaner zur Zeit Pizarros taten, in einem entnervten Traum. Sie haben den entkräftenden Trank des Sozialismus getrunken, und wie im alten Peru ist ihnen weder wahre Gesundheit noch Willenskraft verblieben. Eine Handvoll entschlossener Männer und Frauen, die Mut haben — würden angesichts einer solchen Welt nicht nur wagen, sondern auch gewinnen. Und somit lege ich Ihnen meine Pläne vor.“

„Sie wollen diesen ganzen utopischen Planeten über-rumpeln?“ fragte Mr. Hunker.  
 „Eine große Sache,“ sagte Lord Barralonga.  
 „Ich wünsche, mein Herr, die Rechte einer stärkeren Form des sozialen Lebens gegenüber einer weniger starken geltend zu machen. Hier befinden wir uns — in einer Festung. Es ist eine wirkliche Festung und ganz verteidigungsfähig. Während ihr anderen ausgepakt habt, haben Barralonga, Hunker und ich uns umgesehen. Es ist ein geschützter Brummen vorhanden, so daß wir im Notfall Wasser aus dem Canon unten bekommen können, die Ausschüßungen im Felsen bilden Kammern und Unterstände. Die Mauer auf der Landseite ist unversehr, hoch und glatt, so daß sie nicht erstiegen werden kann. Dieses große Portal kann im Notfall leicht verbarrikadiert werden. Durch den Felsen führen Stufen zu jener kleinen Brücke hinunter, die abgebrochen werden kann, wenn es nötig sein sollte. Wir haben noch nicht alle Höhlungen erforscht. In

Mr. Hunker haben wir einen Chemiker — er war Chemiker, ehe ihn die lebenden Bilder als ihren Meister anforderten — und er sagt, daß mehr als genügend Material im Laboratorium vorhanden sei, um ein Bombenlager anzulegen. Unsere Gesellschaft kann, wie ich feststellte, fünf Revolver mit Munition stellen. Ich magte dies kaum zu hoffen. Wir haben Nahrungsmittel für einige Tage.“

„D, das ist ja lächerlich,“ rief Mr. Barnstaple, stand auf und setzte sich wieder nieder. „Das ist ja widersinnig! Sich gegen dieses freundliche Volk zu wenden! Die können diese kleine Anhöhe in Felsen pusten, wann immer es ihnen beliebt.“

„Ach,“ sagte Mr. Catskill und hielt ihm einen ausgestreckten Finger entgegen, „wir haben daran gedacht. Aber wir können ein Beispiel aus dem Buch von Cortez nehmen — der mitten in Mexiko Montezuma als Geißel gefangen hielt. Auch wir werden unsere Geißel haben. Ehe wir einen Finger rühren — erst unsere Geißel —“

„Luftbomben!“  
 „Gibt es so etwas in Utopien? Oder überhaupt einen solchen Gedanken? Und nochmals — wir müssen unsere Geißel haben.“

„Jemanden von Bedeutung,“ sagte Mr. Hunker.  
 „Eder und Serpentin sind beide einflussreiche Leute,“ sagte Mr. Burleigh mit dem Ton eines uninteressierten Beobachters.

„Aber, mein Herr, Sie billigen doch nicht diesen Braten-raum eines Schulbuben,“ rief Mr. Barnstaple ehrlich ent-rüstet.

„Schulbuben!“ rief Vater Amerion. „Ein aktiver Minister, ein Mitglied des Oberhauses, ein großer Unternehmer!“

„Mein lieber Herr,“ sagte Mr. Burleigh, „schließlich fassen wir nur Möglichkeiten ins Auge. Bei meinem Leben, ich sehe nicht ein, warum wir diese Möglichkeiten nicht erstören sollen, obwohl ich zu Gott bete, daß wir sie niemals verwirklichen müssen. Du sagst, Rupert —?“

„Wir haben uns hier einzurichten, unsere Unabhängigkeit zu sichern und uns diesen Mopen fühlbar zu machen.“

„Hört, hört!“ sagte Mr. Ridley befriedigt. „Einem oder dem anderen möchte ich mich persönlich fühlbar machen.“  
 „Wir müssen dieses Gefängnis in eine Burg umwandeln, in den ersten Stützpunkt der Menschheit auf dieser Welt. Es ist wie ein Fuß, der sich zwischen eine zuschlagende Tür klemmt, damit sie sich nie wieder für unsere Rasse schließen möge.“ (Fortsetzung folgt.)



# Berlin will sein Recht.

181 Millionen Mark Einnahmen wurden der Reichshauptstadt entzogen.  
Eine Denkschrift des Magistrats.

Eine Weltstadt wie Berlin mit einer Bevölkerungszahl, die größer ist, als die manchen deutschen Freistaates und der meisten preussischen Provinzen, muß jede Beeinträchtigung seiner Einnahmen auf das schwerste empfinden. Sind doch auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben unserer Stadt in Größen- ausmaße hineingewachsen, wie man sie in anderen Landesteilen kaum kennt. Daher verdient die Denkschrift besondere Beachtung, die der Magistrat neben zum preussischen Finanzausgleich veröffentlicht hat.

Die Denkschrift stellt fest, daß durch die gegenwärtige Verteilung der Steuererträge in den letzten vier Jahren der Stadt Berlin nicht weniger als 181 Millionen Mark zugunsten anderer Landesteile entzogen worden sind. Dabei sind die Ausfälle bei der Kraftfahrzeugsteuer noch nicht berücksichtigt. Diese Benachteiligung Berlins tritt besonders bei einem Vergleich mit der Stadt Frankfurt a. M. hervor. Diese bringt pro Kopf ihrer Einwohner 34 M. an Einkommensteuern auf, kann diese voll verbrauchen und erhält sogar noch weitere Mittel vom Reich und Staat. Berlin dagegen erzielt pro Kopf seiner Bevölkerung nur 22 M. Einkommensteuer, muß jedoch davon

### den vierten Teil zugunsten anderer Gemeinden abgeben.

Die Ursache dieses Mißstandes liegt an der staatlichen Regelung des Aufbringens und der Verteilung der wichtigsten großen Steuern, wie sie im preussischen Finanzausgleich festgelegt ist. Durch die sogenannte „relative Garantie“, die die Ueberweisung an die Gemeinden in ein bestimmtes Verhältnis zu deren Einkommen vor dem Kriege festsetzt, ändert sich die Verteilung der Steuererträge in der gekennzeichneten Weise. Die Garantie beträgt 22 Pf. pro Kopf der Bevölkerung. Das Verhältnis würde sich für Berlin wesentlich günstiger gestalten, wenn die Garantie auf 25 Pf. erhöht wird. Berlin erhebt diese Forderung in Uebereinstimmung mit dem preussischen Städtegesetz.

Die Denkschrift bringt nun großes Material dazu bei, warum Berlin diese Einnahmen besonders notwendig hat. In den letzten vier Jahren hat die Stadt nicht weniger als 150 Millionen Mark für Schnellbahnbauten aufwenden müssen, weil sich in Berlin der Verkehr ins Kiezenhaste entwickelt hat. Gewaltig ist der Geldbedarf zum Ausbau der Elektrizitätswerke und der Verteilungsanlagen. In den letzten Jahren sind auch die Abwasser- mengen durch die die Kanalisation befaßt wird, um 43 Proz. gestiegen. Die Reichshauptstadt muß für den gewaltigen Zustrom an mittel- und arbeitslosen Personen, der alljährlich herinkommt, Unterkunft und Wohnungen bauen, ihnen Lebensunterhalt gewähren und für ihre Kinder Schulen errichten. So ertüchtigt sich, daß der Finanzbedarf hier größer ist, als andernwärts. Hinzu kommen aber noch die hohen Verwaltungskosten. Man muß sich eine Vorstellung davon machen, daß

in den letzten fünf Jahren allein 612 000 Personen in Berlin zugezogen, 560 000 aber nur fortgezogen sind —

und das in einer Zeit der größten Wohnungsnot. Daß man vorbildliche kommunale Einrichtungen schaffen muß, liegt eigentlich auf der Hand. In Berlin strömen ja auch die amtlischen Vertreter der fremden Länder und Millionen von Reisenden zusammen, die sich nach den hier gewonnenen Eindrücken ein Bild von der Leistungsfähigkeit Deutschlands machen: Nach Berlin beurteilt man Deutschland; Berlin wird als Exponent des gesamten Deutschland angesehen.

Es ist hier leider nicht der Raum, auf die vielen finanz- und wirtschaftspolitischen Einzelheiten einzugehen, die den Beweis dafür erbringen, daß Berlin auch seine Gewerbesteuern nicht beliebig erhöhen kann, und daß die Berliner Industrie sich in einer wesentlich anderen Lage befindet als etwa die westdeutsche. Nur eins mag festgehalten werden: In Rheinland-Westfalen wurden in der Zeit vom September 1925 bis August 1926 von der Bevölkerung wesentlich mehr Ersparnisse zurückgelegt als in Berlin. Die Berliner Arbeiterschaft wurde von der damals herrschenden Arise schwerer betroffen. Bis in die letzten Wochen hinein war die Arbeitslosigkeit in der Reichshauptstadt größer als in den westdeutschen Städten. So hat die Kaufkraft der unteren Bevölkerungsschichten in Berlin eine größere Einbuße erlitten als die in anderen Städten. Die Berliner Arbeitslosen mit ihren Familienmitgliedern stellten 1926 ein Sechstel der Gesamtbevölkerung dar und das wirkte natürlich auch auf die Lage der Industrie und des Handwerks und auf den Lebensmittelerbrauch zurück.

Unter diesen Umständen fordert die Stadt Berlin, daß ihre Wirtschaft nicht gehemmt werden darf, will man nicht ganz Deutschland beim Kampf um seine Weltgeltung inmitten der hochkapitalistischen Wirtschaft auf das schwerste schädigen. Im einzelnen verlangt man daher die Erhöhung des Anteils an der Einkommens- und Körperschaftsteuer, wozu auch notwendig ist, daß der Anteil der Gemeinden überhaupt an dem dem Staate zufallenden Betrag dieser Steuern von 45 auf 50 Proz. erhöht wird. Berlin verlangt weiter eine stärkere Berücksichtigung bei der Hauszinssteuer, um die Bautätigkeit in größerem Maße aufnehmen zu können. Schließlich fordert die Stadt eine bessere Beteiligung an der Kraftfahrzeugsteuer.

Die Schwierigkeiten bei der Aufstellung des neuen Haushalts beweisen zur Genüge, daß Berlin sich in einer Notlage befindet, die im Interesse seiner Bevölkerung beseitigt werden muß. Auch wenn man nicht verkennet, daß diese Notlage zu einem guten Teil in den allgemeinen Wirtschafts- und Finanzverhältnissen begründet ist, wird man wünschen müssen, daß die in der Denkschrift enthaltenen Gesichtspunkte bei einer Neugestaltung des Steuerwesens Berücksichtigung finden.

## Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin SPD. Kreis Friedrichshain

### KUNDGEBUNG

zum achtzigsten Gedenktage der 48er Revolution  
am Sonntag, dem 18. März

Treffpunkt der SAJ. 14<sup>1/2</sup> Uhr Weberwiese  
Treffpunkt der Partei 14<sup>1/2</sup> Uhr Küstriner Platz.

Demonstration durch den Bezirk Friedrichshain  
Schlußkundgebung auf dem Sportplatz Friedrichshain  
Redner:

Bürgermeister Mieltz, Otto Meier, M. d. L., W. Schwarz

## Charlottenburger Gesundheitswesen.

Die Öffentlichkeit hat sich schon vielfach mit den Unruhen im Frankenhause Kirchstraße beschäftigt. Die letzte Bezirksversammlung nahm den Bericht des Untersuchungsausschusses entgegen. Am 13. Februar haben etwa 20 Personen das Abendessen, das aus schlechten Pellkartoffeln und Heringsbäckerle bestand, zurückgewiesen. Die Zweckmäßigkeit eines solchen Abendessens, selbst in tadellosem Zustande, ist bei Geschwächten zweifelhaft. Das sogenannte „Rauchzimmer“ hat etwa 8 Quadratmeter Fläche! Die Badbelegenheit genügt nicht. Eine Patientenzentrale ist vorhanden, doch hat sich allerdings herausgestellt, daß in den letzten Jahren diese von der Männerkation nicht benutzt wurde. Sie wurde „nicht benutzt“, d. h. die Bücher wurden nicht ausgegeben. Viele wählten gar nichts von ihrem Vorhandensein. Dem Verwalter war dieser Zustand bequemer. Der sozialdemokratische Sprecher Dr. Jaffe, forderte, die Gesundheitsdeputation, die sowieso kaum mehr tagt, möge einen Untersuchungsausschuss einlegen, der für alle Beschwerden zuständig sei. Da bekam es die Rechte wieder einmal mit der Sorge, ob das mit der Städteordnung auch vereinbar sei, ob sich nicht die Bürgererschaft zuviel anmaße! Bürgermeister Augustin rügte deutlich von seinen Parteifreunden ab und sagte eine solche Einrichtung durch die zuständige Deputation zu. Ebenso verpflichtete sich das Bezirksamt, die Mißstände zu beseitigen. Die zuständigen Beamten werden bei geringsten weiteren Versäumnissen entfernt werden. Doch die letzte Verantwortung liegt bei dem Dezernenten, Prof. Dettinger.

In einer weiteren Frage des Gesundheitswesens nahm der Bezirksrat das Wort zu dem Baldhaus Charlottenburg in Reeh-Sommerfeld. Ein Teil des Erweiterungsbaues soll am 1. April 1926 in Betrieb genommen werden. Die Verjammlung forderte in Uebereinstimmung mit dem Ausschuss, daß vor der Inbetriebnahme der drei neuen Stationen noch bewilligt werden müßten die Stellen für einen Oberarzt, drei Schwestern, zwei Hausdienern und drei Hausmädchen. Ebenso verlangte man mit Recht, daß die in Aufstellungen beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter petuniar nicht schlechter gestellt würden als die der Berliner Anstalten. Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wurde beschlossen, 5000 M. für eine Radioanlage anzufordern, um den armen Patienten, die in der Eiltätigkeit dieser Krankheitsmonate und -jahre zu verkrüppeln drohen, etwas Abwechslung zu geben. Hoffentlich wird die Zentrale diesen Notwendigkeiten Rechnung tragen.

Sehr unangenehm wurde dem Gesundheitsdezernenten wiederum eine weitere Anfrage wegen der Vorgänge in der Scharlachbaracke des Krankenhauses Bekend. Dr. Jaffe ging nur auf die Frage ein, ob Patienten, die eventuell noch ihrer Umgebung gefährlich werden könnten, sofort entlassen seien. Prof. Dettinger bestritt das mit gezielten Gründen, doch vermochten diese selbst Sanitätsrat Dr. Mommsen nicht ganz zu überzeugen. Der Sprecher der SPD. behandelte mit großem Nachdruck die angeblich disziplinarisch notwendig gewordene plötzliche Entlassung. Auch diese Sache wurde der Gesundheitsdeputation überwiesen, von deren Mitarbeit der Dezernent offenbar nicht viel wissen will.

Witterweise hat sich die Presse („Der Abend“ hat am 8. März in einem Leitartikel aus der Feder des Arztes Dr. Moses den Standat aufgedeckt. D. Red.) bereits mit dem merkwürdigen Oberarzt Dr. Volmer am Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus beschäftigt, der da schreibt: „Wir unternahmen die Versuche an einem Material von 100 Ratten und 20 Kindern. Wir haben unsere Versuchskinder unter ungünstigen Diät- und Lichtbedingungen gehalten...“ Das Charlottenburger Gesundheitswesen hat einen Ruf gehabt, man kann sagen einen Weltruf; dieser gute Ruf ist aufs Äußerste gefährdet, und es wird der größten und angepanntesten Energie bedürfen, den bereits angerichteten Schaden wieder gutzumachen und durch positive Leistungen das in Wahrheit zu erreichen, was sich gute Charlottenburger so oft untereinander se-



## Was sagen Sie heute?

HABEN Sie mit der Kur begonnen und eine Schachtel OVERSTOLZ zu Ende geraucht? Rauchten Sie auch keine andere Zigarette dazwischen? Denn darauf kommt es ja gerade an, dass Ihre Zunge sich erst einmal auf den reinen Geschmack ostmacedonischer Tabake einstellt.

Sie sind vielleicht der Meinung, dass Sie auch bisher nichts anderes geraucht haben als macedonische Zigaretten. Das halten wir aber für ausgeschlossen. Bei einer Zigarettenmischung müssen Sie unterscheiden zwischen dem Grundstoff und den Zutaten, die letzteren sind nur wie das Gewürz an einer Speise. Der Grundstoff dagegen gibt der Zigarette den Charakter, nach ihm wird sie benannt.

Bei OVERSTOLZ ist er ostmacedonischer Herkunft, also der beste Tabak, den die Erde hervorbringt. Was der Fachmann noch vor wenigen Jahren für unmöglich gehalten hätte, ist mit der OVERSTOLZ geschaffen - für 5 Pf. eine echte Macedonen-Zigarette.

Sind Sie erst einmal auf den Geschmack des ostmacedonischen Tabaks gekommen, so werden Sie nichts anderes mehr rauchen wollen, und ausserdem wird Ihnen das Rauchen viel zuträglicher sein.

Haus Neuerburg  
O.H.G.

stigen: die Musterfähigkeit der erprobten Charlottenburger Verwaltung. Das Bezirksamt hat hier eine besondere Aufgabe, die sozialdemokratische Fraktion ist entschlossen, mit aller Entschiedenheit Abhilfe zu fordern; Rückfragen auf Personen haben völlig vor der sachlichen Aufgabe zurückzutreten.

## Aus den Bezirken.

### 6. Bezirk — Kreuzberg.

Die letzte Bezirksversammlung nahm in zweiter Lesung die vom Bezirksamt vorgelegene Straßenumbenennung gegen Deutschnationale und Kommunisten an. Die nächsten zur Beratung gestandenen Vorlagen sollen die im Bezirk in letzter Zeit sehr zurückgebliebene Jugend- und Sportpflege auf eine bessere Grundlage stellen. Der jetzige Urban-Spielplatz soll für Zwecke der drei auf dem gleichen Gelände zu erbauenden Volksschulen erhalten bleiben und als Ersatz durch Freimachung der Ländchen im Urban-Hofen sowie Zuschüttung des sie umgebenden Wasserarms ein neuer Sport- und Spielplatz für Volksschulen und Vereine geschaffen werden. Wenn sich die maßgebenden Körperschaften — Magistrat und Stadtkommissionen — bald zu diesem Plan entschließen, so besorgt die Nord-Süd-Bahn die Zuschüttung einschließlich Material völlig kostenlos. In Verbindung mit diesem Projekt soll auf dem gleichen Terrain ein Heizwerk für das nahe Krankenhaus, das Stadtbad sowie die Berufsschule und Volksschulen errichtet werden, da die Kohle auf dem billigen Wasserwege herangeführt werden kann. Eine weitere Vorlage, die auf Anforderung des Magistrats den Ausbau des Spielplatzes Rappbachstraße auf einfacher Grundlage vorsieht, wird vom Stadtrat Genossen Dittmer begründet. Von dem ursprünglichen Plan sind die umfangreichen Hallenbauten sowie das Freischwimmbad fallen gelassen worden, so daß die Kosten für die einfachere Ausführung mit gärtnerischen Anlage nicht ein Drittel der ursprünglichen Summe ausmachen. Trotz der schlechten Finanzlage der Stadt muß etwas geschehen, denn der jetzige Zustand des Rappbachplatzes ist nicht aufrechtzuerhalten.

Die Deutschnationalen unter Barrer Kochs Führung markierten Opposition, indem sie erklärten, daß sie auch gegen die bescheidensten Forderungen stimmen werden, weil der Stadtsäckel es nicht tragen könne. Sogar ihre Stimmen wurden dann die vorliegenden Vorlagen angenommen, nachdem der Bürgermeister Genosse Dr. Herz die Bitten der Deutschnationalen zu zerstreuen versuchte. In dem von Genossin Faustmann erteilten Ausschussbericht über die Jugendheime im Bezirk wurde mit Genehmigung herangezogen, daß das Bezirksamt in dem städtischen Gebäude Brieger Straße in kürzester Zeit ein stattliches Jugendheim — wenn auch nur provisorisch — geschaffen habe. — Annahme fand ein Antrag, der eine bessere Verbindung zwischen dem Kreuzberg und dem Gegend um den Schleißischen Bahnhof verlangt. Gleichfalls angenommen wurde ein von Gen. Wanke begründeter Antrag, der nach den Erfahrungen des letzten Winters die Sicherstellung der Kohlenlieferung für Hilfsbedürftige verlangt. Einer von uns gemachten dringlichen Anregung folgend, wird das Bezirksamt erwogen, ob die Prüfung der Bedürftigkeit — bei Klagen wegen Mietsrückstand — durch das Wohlfahrtsamt schneller erfolgen kann.

### 15. Bezirk Treptow.

In der letzten Sitzung verabschiedete die Bezirksversammlung Treptow eine Vorlage, die einen Geländeaustausch zwischen der Stadt und der Loggia in Johannisthal vorsieht. Die Loggia beabsichtigt, in Johannisthal eine größere Anzahl von Wohnungen zu bauen. In der gleichen Sitzung der Bezirksversammlung wurde beschlossen, zwei massive Verkaufshäuschen im Treptower Park zwischen der großen Spielwiese und dem großen Spielplatz zu errichten. Am vorigen Jahr hatten die Kommunisten in träuer Gemelnschaft mit den Deutschnationalen die Vorlage zu Fall gebracht. Nachdem die Vorlage ein Jahr unerledigt geblieben, beschloß die Versammlung diesmal einstimmig die Verabschiedung der Vorlage. Mit dem Bau der beiden Häuschen wird in kürzester Zeit begonnen. Durch diese Häuschen wird der Treptower Park unweifelhaft eine architektonische Verschönerung erhalten. Mit den Stimmen der Deutschnationalen und deren Stahlhelmschwärme wurde öffentliche Plätze im Bezirk zur Aufstellung von Kriegerdenkmälern usw. nicht zur Verfügung zu stellen. Dem Verhandlungsgeschäft des Vorsitzers, Genossen Strieder, gelang es, die 24 Punkte zählende Tagesordnung, die in der Hauptsache Bauarbeiten aufwies, in verhältnismäßig kurzer Zeit zu erledigen.

### 20. Bezirk — Reinickendorf.

Die Beantwortung der Anfrage der SPD. wegen der Verpachtung der Insel Baumwerder ergab, daß von einer Verpachtung dem Bezirksamt nichts bekannt sei. Die auf der Insel befindlichen Kanäle müssen jetzt während des Winters geräumt werden, weil durch einen eventuellen Brand der Baumbestand ver-

nichtet werden könnte. — Der städtischen Gesellschaft „Kolonie“ wurde der Erwerb vom städtischen Gelände durch Kauf an der Steinbergstraße in Tegel und durch Leasing in Borsigwalde ermöglicht, um eine Milderung der Wohnungsnot im Bezirk zu erreichen. — Dem Ankauf eines in Bittenau gelegenen Grundstücks wurde nur zugestimmt, weil dieses Gelände zum Bau des Borsigwalder Tegel-Rohenthal unbedingt benötigt wird. Genosse Ebel äußerte Bedenken über den hohen Preis von 6 M. je Quadratmeter und bemängelte, daß die Vorlage nicht der zuständigen Deputation vorgelegt worden war. Die Vorlage betreffend die Aufnahme der Ortsteile Reinickendorf-Ost und West, Wilhelmstrog, Tegel und Borsigwalde in den Geltungsbereich des Ortsgesetzes über die Müllbeseitigung wurde gegen die Stimmen der bürgerlichen Fraktion angenommen. Besonders waren es die Vertreter des Hausbesitzes, die gegen die Vorlage Sturm ließen. Für das Bezirksamt und unsere Fraktion war das Allgemeininteresse maßgebend. Die von der Polizei verlangte ordnungsmäßige Herrichtung des Müllablageplatzes in Tegel würde mehrere tausend Mark kosten. Nach der Aufnahme dieser Ortsteile in den Geltungsbereich des Ortsgesetzes werden die hiesigen Müllablageplätze beseitigt und das Müll wird in hygienisch einwandfreier Weise aus den Bezirken befördert. Auf die Kleinfrieder soll nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden.

## Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin — 1. Kreis Mitte

Freitag, den 23. März, 20 Uhr, in der Kulturabteilung des Metallarbeiter-Verbandes, Linsenstr. 197, Film- und Vortragabend. 1. Kreuzung des Weides. 2. Ansprache des Genossen Dr. Julius Moser, M. d. R. Kart. zu 30 Pf. b. d. Funktionärin. d. 1. Kreises.

## Kreisvertreterversammlungen.

### Spandau.

Der am Sonntag, dem 19. Februar 1928, im Gesellschaftshaus „Richelsdorfer Garten“ abgehaltene Kreisvertretertag gab den Abschluß eines Jahres, das vorwiegend den Auf- und Ausbau der Organisation galt. Gen. Guth streifte im Geschäftsbericht die politische Lage, um dann eingehend die örtlichen Angelegenheiten zu besprechen. Die Versammlungstätigkeit war äußerst reger. Es sind besonders die Bezirksversammlungen zu erwähnen. Eine große Anzahl neuer Mitglieder konnte im Laufe des vergangenen Jahres aufgenommen werden. Günstige Entwicklung nahmen ebenfalls die Frauennachmittage, die neben guter Unterhaltung ernste Bildungsarbeit auf hauswirtschaftlichem und politischem Gebiet pflegen. Wenn auch die jetzige Stärke der SPD. noch nicht den Erwartungen entspricht, so ist doch die aufgewandte Arbeit nicht umsonst gewesen. Enttäuschungserweise hat die Bewegung der Kinderfreunde gute Fortschritte erzielt. Die lebhafteste Aussprache war in kameradschaftlichem Geist gehalten und atmete frohen Kampfesmut für die kommenden Wahlen. Die Wahlen des Kreisvorstandes ergaben folgendes Resultat: Münzinger erster, Guth zweiter Vorsitzender, Schriftführer: Schöpffin und Rauber; Kassierer: Köstler; Kreisleiterin: Rasin. U. a. wurde auch ein Antrag angenommen, der eine größere Berücksichtigung der Frauen bei den Kandidaturen für den Reichs- und Landtag erwartet.

### Lichtenberg.

In der Kreisvertreterversammlung tanzte der Vorsitzende, Genosse Thurm, von einer erfreulichen Aufwärtswirkung unseres Kreises Mitteilung machen. Nicht nur, daß sich in der Berichtszeit die Mitgliederzahl um 386 Personen (290 in der Vorbewegung) vermehrt hat, es war auch in den zahlreichen Funktionärskörpern reges Leben zu verzeichnen. Die Abteilungen arbeiteten in 370 verschiedenen Veranstaltungen vorbildlich. Genosse Thurm dankte allen Funktionären für die eifrige Mitarbeit, die in nächster Zeit außerordentlich benötigt werden wird. Vordem soll uns Leistern sein. Die Kräftigung der Organisation wird dabei nicht aus den Augen verloren werden. Der Kreisvorstand erledigte seine Arbeiten in 11 Sitzungen, 9 Funktionärskonferenzen, 2 Kreisvertreterversammlungen. Zuerst einmal sehr gelungene Vorbereitung fanden 4 öffentliche Versammlungen statt. Der Kreisvorstand wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung einstimmig wiedergewählt. Zu den Bezirkstagen wurde verlangt, daß die jetzt in Reich und Staat amtierenden Genossen als Abgeordnete wieder in Vorschlag kommen mit Genossen Arthur Richter an fünfter Stelle auf der Landtagsliste. Auf diese Liste soll Genosse Judrian an aussichtsreicher Stelle gesetzt werden.

### Cöpenick.

In der Versammlung der Delegierten des Kreises Cöpenick sprach der Genosse Weitzel über die politische Lage. Alle politisch einschlägigen Kreise sind sich darüber einig, daß keine Regierung einen so blamablen Abgang wie die jetzige hatte. Alle Versuche, noch im letzten Augenblick durch verschiedene Maßnahmen ihre Abgangsbilanz zu verschleiern, werden der Bürgerblockregierung nicht ge-

lingen. Die Berechnung mit ihr muß so gründlich wie nur möglich werden. Die SPD. muß in einer Stärke in den neuen Reichstag einziehen, die es ihr ermöglicht, einen maßgebenden Einfluß auszuüben. Die Republik muß unter ihrem Einfluß zum sozialen Volksstaat werden. Unsere Städte im Reichstag muß der Stellung der Arbeiterfraktion im Stöße entsprechen. Der Kreisvorsitzende gab hierauf den Bericht des Vorstandes und der Kommissionen. Alle im vergangenen Jahre geleisteten Arbeiten waren auf die Stärkung der Organisation und die kommenden Wahlen gerichtet. Die vorgenommene Neuwahl des Vorstandes ergab in der Hauptsache die Wiederwahl der bisherigen Genossen. In die Pressekommission wurde an Stelle des ausscheidenden Genossen Garze der Genosse Engel gewählt.

## Beamte und Angestellte für die SPD.

Als Auftakt zur Werbung im Rahmen des nun bald einsetzenden Wahlkampfes hatte der Werbeausschuß der SPD. die im Bezirksamt Friedrichshain beschäftigten Mitglieder der Partei zu einer Mitgliederversammlung zusammengerufen, die überaus starken Zuspruch fand. In seinen Vorträgen: „Die Sozialdemokratie und die kommenden Wahlen“ fixierte Genosse Bittke treffend die politische Situation des letzten Jahres. Wenn es hier, die Bürgerblock-Regierung „werde die Interessen der breiten Arbeitermassen wahren“, so hat die praktische Tätigkeit das Gegenteil bewiesen. Das Arbeitszeitgesetz mit seiner längst noch nicht genügenden Regelung, die Mieterhöhung auf 120 Proz., wodurch dem Hausbesitz eine Goldmilliarde zugesandt wurde, die Mängel des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, die Zollerhöhungen zu einer Zeit, als Streikemann in Gen. sich für die Herabsetzung der Zölle einsetzte, die folgende Verteuerung der Lebenshaltung um 25 bis 33% Proz., die Fürsorge für die „notleidende“ Landwirtschaft, die rigorose Behandlung der Reichsbesoldungsreform, die nicht einmal das brachte, was von Regierungsseite in aller Öffentlichkeit versprochen wurde, der ständige Kampf gegen die „Höhe“ der Soziallasten, die unerhörte Steigerung der Reichswehrkosten gegenüber der Vorkriegszeit und schließlich auch die Behandlung aller politischen Fragen in der gegenwärtigen Krise mit den Eingriffen des Reichspräsidenten machen eine klare Kampfstellung zu allen bürgerlichen Parteien notwendig. Es handelt sich bei den kommenden Wahlen um einen Kampf um die Stärke in den Parlamenten, getragen vom Willen zur politischen Macht. In der Diskussion unterstützten die Genossen Kutt, Judrian und Petersdorff diese Ausführungen.

Lebhafte Proteste wurden gegen die Verfügung des Magistrats erhoben, die das Tragen der Abzeichen — also auch unserer Parteiabzeichen — verbietet. Die Versammlung brachte den Beweis, daß auch Beamte, Angestellte und Arbeiter der Behörden im kommenden Wahlkampf zu großen Teilen auf Seiten der Sozialdemokratie kämpfen werden. Der Tätigkeitsbericht des leider aus der Leitung des Werbeausschusses Genossen Küster zeigte einen Aufstieg unserer Parteibewegung auch in diesen Kreisen. Der neue Vorstand setzt sich aus den Genossen Max Krause, Fritz Schröder und Gerbert zusammen.



**Judith Lind hat immer Originalität, das bringt sie Alpusa**  
 ist unermesslich stolz auf ihre Alpusa-Milch.  
 Liefert sie dir auch? Dann nimm dir Alpusa-Milch.  
 Du wirst sie lieben!  
 ALPUSAG. BIESSENHOFEN BAYERN

72

# 5% Rabatt

IN MARKEN ZUCKER AUSGESCHLOSSEN AUF IHREN EINKAUF

**Kaiser's KAFFEE-GESCHÄFT**  
 ÜBER 1000 FILIALEN

**Spar-Buch** Nr. \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_ Straße: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

Dieses Sparbuch wurde ausgegeben am: \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_

**Kaiser's Kaffee-Geschäft**  
 Kaffee-Grossröstereien und Malzkaffee-Fabriken  
 Direkte Verbindungen mit den Produktionsländern & Plantagen  
**KAFFEE-IMPORT** — **TEE-IMPORT**  
 Eigene Schokoladen- und Pralinen-Fabriken.  
 Eigene Kakaowerke. Eigene Zucker- u. Backwaren-Fabriken.  
**ÜBER 1000 FILIALEN.**

**FÜR EIN VOLLES SPARBUCH**

durch innerhalb Jahresfrist vom Tage der Ausgabe dieses Fries



# Der Wirtschaftsfrieden mit Polen.

## Zum Inkrafttreten der Valorisierungszölle.

Die Wiederaufnahme normaler Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen wird auf beiden Seiten durch große Widerstände und Mißgriffe erschwert. Ist es auf deutscher Seite die Sabotagepolitik der Deutschnationalen, die unter Führung von Herrn Schiele eine hemmungstote Agitation gegen den Polenvertrag entfesselt, so ist es auf polnischer Seite der wenig glückliche Kurs der Zollpolitik der Regierung, der das Zustandekommen eines Handelsvertrages aufs äufserste erschwert. Der Nachkriegsprotektionismus hat in allen europäischen Ländern, ganz besonders aber in den neugebildeten Staaten, eine Abwehrpolitik mittels Einfuhrverbote und Zollsteigerungen hochgezüchtet. Von den neuen Territorien hat Polen bisher das ausgedehnteste staatliche Reglementierungssystem und die relativ höchsten Zollsätze zu verzeichnen.

### Nach einer Berechnung des Völkerverbundes

Über das Zollniveau der einzelnen Länder wurde die durchschnittliche Zollbelastung der Einfuhrgüter durch den polnischen Tarif im Jahre 1925 mit 40 Proz., demgegenüber die Zollbelastung in der Tschechoslowakei mit 24 Proz., die Deutschlands mit 16 Proz. errechnet. Während nun immerhin seit 1925 in zahlreichen europäischen Ländern durch neue Tarifabkommen die Zollbelastung ein wenig gesenkt wurde, sind in Polen keine nennenswerten Abschlüsse von den autonomen Sägen erfolgt.

Nun ist allerdings durch das Abgesehen des Sloty-Kurses, der noch der endgültigen Stabilisierung (100 Sloty = 47,00 M.) erheblich unter der Notierung des Slotys in der ersten Hälfte des Jahres 1925 steht, eine entsprechende automatische Ermäßigung der Zollsätze eingetreten. Auch immer jedoch blieb das polnische Zollniveau — ganz abgesehen von den Kampfzöllen gegen Deutschland — mit einer durchschnittlichen Zollbelastung von 25 bis 30 Proz. außerordentlich hoch. Mit dieser Zolllastung will sich jedoch Polen nicht bescheiden, sondern schreitet nimmermehr zu neuen Tarifierhöhungen, die in die Form der Valorisierung, d. h. Angleichung an den veränderten Stand der polnischen Valuta, gekleidet werden.

### Die neuen polnischen Zollverordnungen

Die am 15. März in Kraft tretenden, enthalten eine Einfuhrverbotsliste, ferner zwei Warenlisten, von denen die eine, die für 48 Tarifnummern volle Valorisierung der Zölle um 72 Proz. vorsieht, die andere einige Positionen (19) aufzählt, die überhaupt keine Erhöhung erfahren. Alle nicht besonders aufgeführten Positionen, d. h. die überwiegende Mehrheit der Tarifnummern, werden um 30 Proz. erhöht.

Der Umkreis der Einfuhrverbote ist an sich verkleinert worden, er bleibt aber noch immer äußerst umfangreich. Die Einfuhr ist beschränkt nicht nur für ausgesprochene Luxusnahrungsmittel, wie Weine, Öle, Konserven, Delikatessen, sondern auch für ausländisches Obst, Substrate, Frühlings- und Frühkartoffeln, nicht nur für Luxusgegenstände, wie Parfüm und Kosmetika, sondern auch für Gebrauchsgüter, wie Seiden, Baumwollstoffe, Gardinen, Hüte, Schirme, Galanteriewaren, Porzellan, Glas usw. Diese Waren dürfen grundsätzlich nur mit Erlaubnis des Handelsministeriums eingeführt werden. Für die deutschen Warenlieferungen gelten jedoch auch noch die früheren Einfuhrverbote. Die Tariffsätze der der Einfuhrerlaubnisse unterliegenden Waren sind durchweg um 72 Proz. erhöht worden.

Voll ausgewertet worden sind jedoch auch noch die Zölle verschiedener anderer Waren, die im deutschen Export eine bedeutende Rolle spielen, wie Messerschmiedewaren, Fahrräder, Musikinstrumente, ferner Pharmazeutika, Wolleppiche, Wirkstoffe, Lederhandschuhe u. a. Die Zahl der überhaupt nicht erhöhten Positionen ist gering. Diese Liste enthält vor allem die Kolonialwaren, ferner Zucker, Mehl, Fleisch und Fleischwaren, von industriellen Produkten nur Rohseifen, Schrott sowie Düngemittel und einige landwirtschaftliche Geräte und ist demnach für den deutschen Export so gut wie bedeutungslos.

So wird fast der gesamte deutsche Export von den polnischen Zollverordnungen betroffen. Die deutsche Ausfuhr nach

Polen an Fertigwaren verteilte sich auf die wichtigsten Fertigwaren im Jahre 1927 wie folgt:

Maschinen und Zubehör	44,2	Millionen	Mark
Chemikalien	22,5	"	"
Elektrowaren	18,3	"	"
Papier und Papierwaren	7,4	"	"
Walzprodukte und Eisenwaren	16,6	"	"
Metallwaren	9,8	"	"
Textilien	15,0	"	"
Felle	5,9	"	"
Fahrzeuge	5,4	"	"
Glas und Porzellan	4,5	"	"
Uebrigere Waren	20,1	"	"
Zusammen	169,7	Millionen	Mark

Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß das Hauptgeschäft Deutschlands nach Polen zurzeit in Maschinen, Elektrowaren, Chemikalien, Papier, Eisen- und Metallwaren liegt. Die 30prozentige Erhöhung, von der diese Waren durchweg betroffen werden, verringert die deutsche Wettbewerbsfähigkeit in Polen. Das polnische Zollgesetz sieht zwar für die Einfuhr von Produktionsmitteln, die im Inland nicht hergestellt werden können, an sich die Möglichkeit von Zollnachlässen bzw. Zollbefreiungen vor. Den deutschen Lieferungen von Maschinen usw. werden aber erst dann Zollermäßigungen gewährt, wenn derartige Maschinen nicht aus Ländern bezogen werden können, mit welchen Polen bereits einen Handelsvertrag abgeschlossen hat.

Für die Mehrzahl der bisher nach Polen exportierten Konsumgüter wird vermutlich die 72prozentige Erhöhung der Zollsätze die Einfuhrmöglichkeit völlig hemmen. Die deutsche Ausfuhr an Textilien, Fellen usw. ist schon durch die früheren Zollhöhlungen und durch die polnischen Kampfmaßnahmen äußerst eingeschränkt worden, für zahlreiche Branchen, die 1924 und in der ersten Hälfte des Jahres 1925 noch einen erheblichen Export nach Polen hatten, fast ganz zum Erliegen gekommen.

Trotz der erheblichen Besserung des deutschen Exportgeschäftes nach Polen im vergangenen Jahre — die Ausfuhr stieg gegenüber 1926 um 150 Millionen, bei den Fertigwaren allein um 100 Millionen Mark — ist der Anteil Deutschlands an der Besserung Polens noch immer stark rückgängig. Während vor dem Weltkrieg Polen die benötigten ausländischen Fertigfabrikate zu mehr als 50 Proz. aus Deutschland bezog, betrug der deutsche Beteiligungsanteil im vergangenen Jahre nur noch etwa ein Drittel der polnischen Fertigwareneinfuhr.

Schon die bisherige Entwicklung des deutsch-polnischen Handels, der doch dabei unter den größten Schwierigkeiten des Zollkrieges zu leiden hatte, hat erneut bewiesen, daß Deutschland für den industriellen Ausbau des wirtschaftlich sich immer mehr konsolidierenden Polens das naturgegebene und teilweise unersehbare Beteiligungsland ist. Bei Wiederanknüpfung geregelter Handelsbeziehungen, unter Berücksichtigung der polnischen Ausführbedürfnisse, hat Deutschland einen Anspruch darauf, daß Polen durch maßvolle Zollfestsetzung der deutschen Wirtschaft die Möglichkeit schafft, seine frühere Position wiederzugewinnen.

Ganz abgesehen von den neuen Schwierigkeiten durch die Zollverordnungen, ist so auch von der Bürgerblockregierung für die Polenverhandlungen nichts zu erwarten. Die Deutschnationalen brauchen das polnische Schwein als Bürgerkrieg und als Agitationsobjekt zur Aufspaltung der Landbevölkerung. Die anderen Koalitionsparteien besaßen es bei der Beteuerung ihres Verständigungswillens, ohne jedoch ernsthaft etwas gegen die struppellose Demagogie der Landhändler zu unternehmen. Für eine neue Regierung bleibt es die erste und wichtigste handelspolitische Aufgabe, mit Polen vernünftige Wirtschaftsbeziehungen wieder herzustellen. Wie rasch das gelingt und in welchem Umfang, wird nach den letzten Zollmaßnahmen zum größten Teil von dem Einkenten der Polen abhängen, zu einem gewissen Teil jedoch auch von dem Geist der zukünftigen deutschen Verhandlungsführung und damit nicht zuletzt von der Einmabgabe der deutschen Wählerchaft.

### Die Baubank des Reiches.

#### Der Abschluß der Deutschen Bau- und Bodenkredit AG.

Wie wichtig die öffentliche Hand im Wohnungsbau ist, und wie brennend die Finanzierungsfrage für das Jahr 1928 ist, das wird in dem Jahresbericht der Deutschen Bau- und Bodenkredit AG, die bekanntlich vom Reich überwiegend beherrscht wird, wieder besonders deutlich. Zwar seien erfreulicherweise im Jahre 1927 rund 230 000 Wohnungen erstellt worden. Aber die Finanzierung dieses Neuzuganges an Wohnungen habe nach dem großen Optimismus vom Jahresanfang sehr enttäuscht. Obwohl die Sparkassen etwa 250 Millionen Mark mehr Hypothekengelder dem Wohnungsbau zugeführt hätten, als ursprünglich vorgesehen war, habe die Schwäche des Kapitalmarktes den privaten Hypothekendarlehenern statt wie beabsichtigt 900 Millionen nur 250 Millionen Pfandbriefe unterzubringen erlaubt, und trotz der Dringlichkeit der Befreiung von Auslandsgeldern seien die Hoffnungen für eine geschlossene Auslandsanleihe an den währungsrechtlichen Bedenken der Reichsbank gescheitert. Der Verkauf von 100 Millionen Mark Pfandbriefen im Ausland habe zwar die schlimmste Krise verhindert, jedoch zu keiner wesentlichen Erleichterung führen können. Von den 27 Milliarden Mark für den Neuzugang an Wohnungen entfallenden Baukosten seien bei Abschluß des Baujahres nur etwa 2 Milliarden endgültig fundiert gewesen. Auf die Hauszinssteuer sei vorgegriffen, und etwa 180 Millionen entfallen auf Reichszinsentlastungen.

Die Deutsche Bau- und Bodenkredit AG hat unter diesen Umständen für ihre Hauptaufgabe, Zwischengeld zur Verfügung zu stellen, besonders Großes geleistet. Ihr Kreditstatus ist vom 30. Januar 1927 bis zum 31. Dezember 1927 von 14,9 Millionen auf 36,5 Millionen gestiegen. Der Betrag der Zwischengeldkredite hat sich insgesamt von 40,4 Millionen auf 131,3 Millionen erhöht, die Zahl der mit diesen Mitteln unterstützten Neubauwohnungen stellte sich auf 23 000, das ist allein für die Deutsche Bau- und Bodenkredit AG der zehnte Teil der gesamten Wohnungsproduktion von 1927. Die Gelder für die Zwischengeldkredite wurden ausnahmslos im freien Geldmarkt beschafft. Deffentliches Geld und die der Bank zur Verwaltung

anvertrauten Reichsfonds wurden für Zwischengeldgewährung nicht verwendet. Es gelang dadurch — das ist ein zweifaches großes Verdienst —, neue Gelder des Geldmarktes, die sonst anderen Stellen zugeflossen wären, dem Wohnungsbau zu erschließen.

Die besonderen Schwierigkeiten, die sich aus der Unterbringung der 100 Millionen Mark Goldpfandbriefe im Ausland ergaben, wurden durch die Auflegung einer 5%-Millionen-Dollar-Anleihe behoben, bei der Pfandbriefe als Sicherheit hinterlegt wurden. Die Anleihe war nicht nur durch ihren Erfolg, sondern auch dadurch ein Erfolg, daß es sich um den ersten Versuch handelte, für die Finanzierung des Wohnungsbaues unter Verwertung von deutschen Pfandbriefen amerikanisches Kapital hereinzubringen.

Für die große Tätigkeit der Bau- und Bodenkredit AG zeigt die außerordentlich starke Steigerung des Umlages von 310 Millionen auf rund 800 Millionen Mark! Der Quartalsumsatz ist vom ersten bis zum vierten Vierteljahr von 144 Millionen auf 298 Millionen Mark andauernd gestiegen. Gegenüber 206 000 M. im Jahre 1926 erhöhte sich der Reingewinn auf rund 764 000 M., aus dem die gesetzliche fünfprozentige Dividende verteilt wird, der Reservefonds um 130 000 auf 300 000 M., der Pensionsreservefonds um 30 000 auf 100 000 M. erhöht wurde.

Das im Jahre 1926 auf 12,8 Millionen erweiterte Kapital konnte naturgemäß angesichts der außerordentlichen Steigerung der Geschäftstätigkeit nicht ausreichen, und so ist im Februar dieses Jahres ein Gesetz verabschiedet worden, durch das sich das Reich an der vorhergesehenen weiteren Kapitalerhöhung der Deutschen Bau- und Bodenkredit AG von 10 Millionen Mark beteiligen kann.

### Durchsichtigere Kreditwirtschaft.

#### Neue Zwischenbilanzen für Banken.

Seit dem Jahre 1910 sind die bisher zweimonatlich erscheinenden Zwischenbilanzen der deutschen Aktienbanken, die jeweils von der Statistischen Abteilung der Reichsbank veröffentlicht worden sind, ein wichtiges Hilfsmittel nicht nur zur regelmäßigen Beobachtung der deutschen Kreditwirtschaft, sondern auch zur genaueren Beur-

teilung der wirtschaftlichen Entwicklung gemessen. Die vielfach neuen, teilweise völlig umgekehrten Wege der deutschen Geldbeschaffung und der Finanzierung der Industrie seit der Inflation haben jetzt dazu geführt, daß nicht nur das Schema der Zwischenbilanzen genauer detailliert wurde, sondern auch die bisherige zweimonatliche in eine Monatsstatistik umgewandelt wurde. Das Reichswirtschaftsministerium hat die entsprechende Verordnung im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht.

Es werden in Zukunft statt fünf, jährlich 10 Zwischenbilanzen und zwar zu einem früheren Zeitpunkt als bisher der Deffentlichkeit zur Verfügung stehen. Der Monat Dezember fällt wegen des Zusammenfallens der Monatsbilanz mit der Jahresbilanz, der Monat Januar deshalb aus, weil es nicht zweckmäßig erscheint, Januarbilanzen vor den Jahresabschlussbilanzen zu veröffentlichen. Das neue Schema sieht vor, daß Bankguthaben bei deutschen Notenbanken getrennt ausgewiesen werden, daß Bankguthaben bei anderen Banken nach Fälligkeiten spezifiziert, daß Börsengelder getrennt aufgeführt, daß Warenevorschüsse nach ihren Sicherheiten gegliedert, daß die gebildeten Debitoren nach der Art der Deckung unterschieden und langfristige Darlehen gegen hypothekarische oder Kommunaldeckung besonders aufgeführt werden. Die bisherige Milderung der Kreditoren in Einlagen auf provisionsfreie Rechnung und sonstige Kreditoren fällt weg.

Sicher ist mit dieser Spezialisierung manche von den in der Deffentlichkeit nachdrücklich verlangten Forderungen erfüllt. Eine der wichtigsten Forderungen ist allerdings unberücksichtigt geblieben, nämlich die nach dem zahlenmäßigen Ausmaß der kurzfristig heringekommenen Auslandsgelder bzw. kurzfristig gewährten Kredite in ausländischer Valuta. Diese Siffern werden der deutschen Deffentlichkeit auch in Zukunft vorenthalten bleiben, und nur die Reichsbank wird in vierteljährlichen Abständen Einblick erhalten.

### Stärkeres Anwachsen des Güterverkehrs.

In der Woche vom 3. März zeigte der Güterverkehr der Reichsbahn seit längerer Zeit wieder ein deutliches, stärkeres Anwachsen. Die arbeitstäglige Wagenstellung ist um rund 7000 von 142 600 auf 149 600 gestiegen.

#### Tabellarische Uebersicht seit Februar (in 1000 Stück)

Woche	wöchentlich		durchschnittlich pro Arbeitstag	
	1928	1927	1928	1927
20. 1.—4. 2.	890,3	795,8	141,7	132,6
5. 2.—11. 2.	863,1	802,9	142,2	133,8
12. 2.—18. 2.	859,7	815,0	143,3	135,8
19. 2.—25. 2.	855,5	825,0	142,6	137,5
26. 2.—3. 3.	897,8	835,0	149,6	139,2

Man wird erwarten müssen, was die nächsten Wochen bringen werden. Jedenfalls widerspricht diese Steigerung nicht der Aufkühlung der Landesarbeitssamter, daß die Nichtstahlindustrien noch immer eine sehr starke Beschäftigung aufzuweisen haben.

**Aussiedler-Bemberg baut eine neue Fabrik.** Nachdem lange hin- und hergeraten worden ist, wo der Bemberg-Konzern bauen wird — heißt die Bauabsicht wurde noch in Frage gestellt —, wird jetzt aus Barmen gemeldet, daß die Bemberg A.-G. in Siegburg, also rechtsrheinisch zwischen Köln und Bonn, ihre neue Fabrik bauen wird. Der Bau soll sofort begonnen werden.

**60-Millionen-Anleihe für München beantragt.** Die Stadt München hat bei der Beratungsstelle für Auslandsanleihen den Antrag auf Genehmigung einer Anleihe von 15 Millionen Dollar gestellt. Die Mittel sollen in der Hauptsache dem weiteren Ausbau der Münchener Elektrizitäts- und Gaswerke dienen.

**Auch Eberfeld beschließt Anleihen.** Die Eberfelder Stadtvorordnetenversammlung hat in nichtöffentlicher Sitzung beschlossen, für verschiedene städtische Zwecke eine Auslandsanleihe von 25 Millionen Mark und für den Ausbau des städtischen Wasserwerks eine Auslandsanleihe über 7½ Millionen Mark aufzulegen, deren Genehmigung bei den Aufsichtsbehörden nachgesucht wurde.

**Eine komplizierte sowjetrussische Konzeption.** Für den Ausbau seiner Industrie ist Rußland in der letzten Zeit bemüht, nicht viele, dafür aber um so größere Konzeptionen zu geben und das möglichst an sehr kapitalstarke Auslandsfirmen. So hat auch die englische Sena-Goldfields Company eine Konzeption zum Ausbau von Erzkorkommen im Altaigebiet (Sibirien, Eisen-, Zinn- und Kupfererze) erhalten. Die Finanzierung dieses Ausbaues erfolgt aber durch das New-Yorker Bankhaus Blair u. Co., wobei die Deutsche Bank für den ersten 6-Millionen-Mark-Kredit die Zwischengeldkredite ist. Auf Grund des Kreditabkommens werden dann wieder deutsche Industriefirmen mit Lieferungen beauftragt, so der Siemens-Konzern mit der Lieferung elektrischer Anlagen und der Ausfuhrung der Bauarbeiten, die Düsseldorfener Demag und die Berliner Bamag-Reguin mit der Lieferung der mechanischen und die Maschinenbauanstalt Humboldt mit der Lieferung der metallurgischen Ausstattungen.

Unentbehrlich  
für Kraft- und Radfahrer, Wanderer und Reiseverkehr ist die  
**Continental-Straßenkarte.**  
64 Blatt, fünf., Maßstab 1:300 000, pro Bl. 75 Pf.  
Soeben erschienen:  
**Continental-Handbuch**  
Ausgabe 1928. — Preis RM. 4,—

Continental-Straßenkarten, -Handbücher und -Atlanten sind erhältlich im Buch- und Schreibwarenhandel, ferner in jeder Auto- und Fahrradhandlung.



# Teppiche



## Diwanddecken \* Steppdecken

- |  |  |
|--|--|
| Wolltapesty, etwa 200x300 . . . . . 55.-             | Steppdecken . . . . . 15.75                        |
| Pa. Wollplüschteppiche, etwa 200x300 . . . . . 71.-  | Steppdecken, doppelt Sattin . . . . . 18.50        |
| Pa. Velours, etwa 200x300 . . . . . 89.-             | Bootskissen, schöne Muster . . . . . 98 Pl.        |
| Diwanddecken, in vielen Farben . . . . . 12.75       | Korbessel-Garnituren, mit guter Füllung . . . 3.25 |
| Gobelin-Diwanddecken, Perser- u. Blumenmuster 22.-   | Küchenkaffun . . . . . Meter 85 Pl.                |
| Pa. Wollmokettedecken, 150x300, in neuester Art 44.- | Wochenend-Decken . . . . . von 1.50 m              |
| Tischdecken in vielen Farben . . . . . 8.25          | Liegestuhl-Läufer . . . . . Meter 95 Pl.           |
| Gobelin-Tischdecken, Perser- und Blumenmuster 14.75  | Läuferstoffe, 67 cm breit . . . . . Meter 1.65     |
| Garten-Tischdecken, bunt gewebt, Stück 4.90          |  |

Linoleumteppiche und Linoleumläufer in großer Auswahl stets am Lager.

# KONSUM

Genossenschaft Berlin u. Umgegend e. G. m. b. H.

## Warenhäuser

Charlottenburg, Rosinenstr. 4      S., Oranienstr. 164/65      N., Reinickendorfer Str. 21

### Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 16. & 26  
**Staats-Oper**  
Am Pl. d. Republ.  
7 1/2 Uhr  
**Hoffmanns Erzählungen**

Freitag, 16. & 26  
**Städtische Oper**  
Bismarckstr.  
8-10 u. 1. 10. 7 1/2  
Der  
**Corregidor**

Staatl. Schauspielh.  
Am Jendemannstr.  
8 Uhr  
**Die Weber**

Staatl. Schillerth.  
Charlottenburg  
8 Uhr  
**Amphitryon**

**Deutsches Theater**  
Norden 12310  
Abonnementsbüro  
Norden 10.335-39.  
1/2 Uhr, Ende 10 U  
**Zwölftausend**  
Sonntag, den 18.  
nachm. 4 Uhr  
**Zinsen**  
von Bernard Shaw  
Preise 1-7 M.

**Kammerspiele**  
Norden 12310  
1/2 U. Ende nach 10  
**Finden Sie, daß**  
**Constance sich richtig**  
**verhält?**

**Die Komödie**  
Bismarck 2414/7516  
3/4 U. Ende 10 1/2 U.  
**Marcel Fradellin**  
(Der Eunuch)

**Berliner Theater**  
Direktion Kuhnert  
Juriestr. 50-51, Dsh. 17.  
8 1/2 Uhr  
Letzte 3 Aufführungen!  
**College Crampton**  
mit Max Adalbert  
Montag geschlossen  
Dienstag, 20. März  
7 1/2 Uhr  
**Premiere**  
**„Die Bolle Sisters“**  
Ein Berliner Volks-  
stück von  
Friedrich Hebbel, in  
München, um 1780, von Leo

Großes Schauspielhaus  
Anfang 8 Uhr      Ende 11 Uhr  
REGIE:  
**CHARELL**  
**DOMPADOUR**  
**MASSARY**  
Sonntag am 3 Uhr halbe Preise

**CASINO-THEATER** 8 Uhr  
Lothringer Str. 37.  
**Doktor Klaus.**  
Ausscheiden: Gutscheln 1-4 Pers.  
Pateuil nur 1.10 M., Sessel 1.50 M.

**Winter**  
**Garten** 8 Uhr  
Otto Reutter  
und das  
gr. Programm

**Reichshallen-Theater**  
8 Uhr, Sonntg. nachm. 3 Uhr.  
Das wundervolle Progr. der  
**Stettiner Sänger**  
nachm. erm. 88. Preise.  
**Wöhlf-Brett!**  
Glänzendes Varietè-Programm!  
Tanz! Anfang 8 Uhr. 10 Pl. 5 1/2

**Piscatorbühne**  
Theater am  
Nollendorfsplatz  
Kurfürst 2071/53  
Anf. 8, Ende geg. 11  
**Die Abenteuer des**  
**braven Soldaten**  
**Schwefel**  
mit Max Pallenberg  
insz. Erwin Piscator

Gastspiel im  
**Lessing-Theater**  
Norden 12798  
Täglich 8 Uhr  
**„Singende**  
**Goldenvogel“**  
von Upton Sinclair  
Morgen 8 Uhr;  
**Hoppla, wir leben!**

**Lustspielhaus**  
5 1/2 Uhr  
Gulda Thelischer  
**„Unter**  
**Geschäftsrausch“**

**Residenz-Theater**  
Tägl. 8 1/2 Uhr;  
Kein Polizeiverbot  
**Oskar Ebelbacher**  
in  
**Schule der Liebe**  
neu. Schmitz in 3 Akte.  
Für Jugendl. verb.  
17. Febr. wurde alle Preise  
Sonntag 5 1/2 Uhr  
halbe Preise  
Schule der Liebe

**Kleines Theater**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Erika Glässner**  
in  
**Greichen**  
Für Jugendliche  
nicht geeignet  
Sonntag 4 Uhr  
kleine Preise  
**Lissy, die Kokotte**

Genossenschaft  
Th. Königerstr. 51.  
Bergstr. 2110.  
8 1/2 Uhr:  
**Flucht**  
von Joh. Gahrhelt  
insz. Peter Sawewitz

**Komödienhaus**  
Norden 6304.  
Tägl. 8 1/2 Uhr  
**Broadway**

**Thalia-Theater**  
Dresdner Str. 72/73  
8 U.: Das Kamel geht  
durch das Hadaföh

**Sültenburg-Bühne**  
Gra. Künstler-Th.  
8 Uhr:  
**Die goldne**  
**Meisterin**

**Walhalla-Th.**  
Weinbergsweg 10/20  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Absteigequartier**  
Schwank in 3 Akten  
Inszeniert von Leo  
Vorzeiger dieses  
zahlen für Parkett  
auch Sonntags statt  
4.- Mk. nur 60 Pl.  
Sonntag, nachm. 4 Uhr  
**Der Rattenfänger**  
von Hameln  
Parkett v. 50 Pl. an.

**Rose-Theater**  
Gr. Frankl. Str. 152.  
8 1/2 Uhr  
**Der Flieger**

**Theater am Kottbusser Tor**  
Kottbusser Straße 6. Tel. Mpl. 16077  
Täglich 8 Uhr  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Elite-Sänger**  
im Mär-Spielplan d. gr. Schlager  
Volksstück in 1 Akt.  
**„Oh diese Schwiegermutter“**  
Ferner: Schorsch Russell, der Meister  
der Komik in „Präliminanz“

### Volksbühne

Theater am Köpenicker Platz / Th. am Schiffbauerdamm  
8 Uhr  
**Die Entdeckung**  
des Antonio Carossa

8 Uhr  
**Der Zigaretten-**  
**kasten**

**Komische**  
8 1/2 Uhr **Oper** 8 1/2 Uhr  
**James Klein's**  
gewaltiges neues  
**Revue-Stück:**  
**Zieh'**  
**dich aus!**  
200 Mitwirkende.  
Vorverkauf ab 10 Uhr  
ununterbrochen

**Renaissance-Theater**  
Stalplatz 901  
8.10 Uhr  
**Coeur Bube.**

**8 UHR SCALA**  
Nollendorf 7302  
Enrico  
**Rastelli**  
und weitere internationale  
**Varieté-Attraktionen.**  
Sonnabends u. Sonntags  
Je 2 Vorstellungen:  
10 u. 8 Uhr - 3- zu vollständiger  
Preisen das ganze Programm.

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter :: Filiale Berlin**

Am Sonntag, dem 18. März 1928

Etablissement Friedrichshain, Am Friedrichshain 16

## GEDENKFEIER

für die Revolutionsopfer

Mitwirkende: Berliner Uthmann-Chor (Mitglied des DASB.)  
Berliner Konzert-Orchester, Kapellm. Arthur Jander :: Sprech-  
und Bewegungs-Chor der Berl. Volksbühne, Leitung: Karl Vogt  
Karl Fiorath vom Staatlichen Schauspielhaus als Rezitator

Preis der Eintrittskarte 60 PL :: Saalöffnung 17 Uhr :: Beginn 19 Uhr

**Charlie Chaplin**

in seinem  
grössten Film  
**GOLDRAUSCH**

Wochentags 7 9 10      Sonnabend u. Sonntag 5 7 9 10

Ufa-Theater  
**MOZARTSAAL**  
AN HOLLENDRFPLATZ  
Vorverkauf 12-3 Uhr  
**Jugendliche haben Zutritt**

**Theater d. d. Lützowstr.**  
Tel. Kurt. 9209-10.  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Bennet**  
contra  
**Aschenbrödel**  
Sonntag nachm. 4 U  
Das lustige  
Gastprinzenstück  
Ostermärchen mit  
Gesang u. Ballet

**Theater des Westens**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Zigeunerbaron**  
Klurina u. O. Wien  
Wally Lichtenstein,  
Hofbauer, Fiedler  
Det. Haupt. Wieser,  
Bradsky, Brandt

**Th. im Admiralspalast**  
Letzter Monat  
Tägl. 8 1/2 Uhr  
**HALLER-**  
**REVUE**  
„Wann und wo“  
2 Sonntag  
2 Vorstellg.  
3 Uhr u. 8 1/2 Uhr  
letztes. Die erste Vor-  
stellung in 10 Pl. 10 Pl.

chness der Spiel-  
zeit 25. März

**Metropol-Th.**  
Zentrum 125 24  
8 1/2 Uhr  
**Der Graf von**  
**Luxemburg**  
Sagay, Hebr, Meizer,  
Hahn Aray, Haupt, Karmar,  
Helen, Hill  
Sonntag 8 1/2 Uhr  
kleine Preise  
**Gräfin Maritza**  
Plantarium am Zoo  
16 1/2, 18, 19 1/2, 21 Uhr  
im Reiche der  
Nitternachtschöne  
Eintritt 1 M.  
Kader um 15. Januar 8.30 u.

**Kinderwagen**  
jeder Art-in allen Preislagen  
auch bis zu  
**12 Monats-Raten**  
**Raddatz & Co.**  
Berlin, Leipziger Str. 122-123

## Biffon.

Hell erleuchtete Säle schießen  
lichte Streifen in das Dunkel,  
lachelnde Geigen und Fiedelklänge  
irren durch die lahlen Räume,  
weineerglühte Lippen lachen,  
langesumde Menschen trinken  
Wela mit wüsten Lippen,  
und die selber flammen.

Großend rollt es in der Ferne,  
Blühesflammen züngeln nieder,  
Und es kommt, ein Heer von Toten,  
aufgeschreckt in der Geisterstunde,  
Drohende Arme, verzehrte Gesichter,  
wid zerfleischte Leiber und Glieder.

An die Fenster trauern sich  
leichenblasse Weiber,  
ihre Augen springen  
Männern an die Kehle,  
Im Donner gurgeln ihre Stimmen:  
„Wir Geister des Staubes klagen euch an,  
was habt ihr im Leben uns angefan!  
Ihr habt uns gelockt mit schmeichelnden Worten,  
mit Rosen geschmückt im schweigenden Hain,  
uns selber getrocknet mit lächelnder Miene,  
den Himmel versprochen und uns fortgeworfen,  
uns Keine als Steine in den Staub getrieben,  
habt Glut in kindlichen Seelen entzündet,  
die uns verzehrten im wilden Grimme.  
Wir Geister des Staubes klagen euch an!  
Ihr habt nie gefühlt, wie wir uns sehnten  
nach Liebe und Reinheit und kindlichem Frieden,  
wir konnten allein uns von Staub nicht erheben  
und haben gefiebt: o reichet uns die Hände!  
Da habt ihr gelächelt, gehöhnt, gepöffelt:  
wir wollten uns nicht beschämen!  
Ihr habt uns fortgestoßen vom Wege des Lebens,  
in unserer Seele den Gott erschlagen!  
Wir Geister des Staubes,  
wir klagen euch an!“

Und durch die Weiber drängen sich die Männer,  
In ihren hohen Hirnen knarrt es leise  
zu dem Rausen dort von selbden Klaidern,  
die wie stäbe Nebel  
sumpfge Oeden mild umfließen.

Und alles überschreit die junge Mutter,  
das aufgeborene Kindlein an die Scheiben pressend:  
„Ihr tanzt auf meinem Schweiß  
und stampft mein Brot zu Grund  
und schmeigt in meiner Wärme!  
Verhungert, verkoren, gelassen,  
müht ich in kalten Kellern gebären!“

Es hebt ihr Fluch und baßt den Blick  
und Flammen schießen ins Dunkel,  
Krachend fällt das Haus zusammen.

Fort die Geister,  
tot die Menschen,  
Mitternacht fährt  
dem Morgen zu.

H. H. Sträßer.

## Am unteren Treppenabsatz.

Von Lotte Krauß.

Du bist im Besitze einer gutgehenden Konfektionsfabrik, mein Lieber, oder du hast einen epochenmachenden Schönheitscrem hergesteuert, oder auch Operettenverse geschrieben, wer kann es dir also vorzagen, wann du dein Leben genießen willst? Du hast es ja dazu.  
Auf einem der heißen, wirbelnden, flüsternden, janzenden, selbstpapiererhangenen Koffmuffen findest du, mein Lieber, wohl bald so ein kleines Möbel, das dir beim Karussellfahren, Seiltirnen und Gelbtauchen behilflich ist. Du versprichst ihr goldene Berge und einen ganz großen Lebdobären, wenn sie hübsch brav sein will. Ja, so ein Abend darf was kosten.

Wenn du nun am frühen Morgen übersättigt und schamhaft in den Besitz deiner Garderobe gelangt bist, irgend einen Ausgang gefunden hast und dich mit hochgeschlagenem Mantelkragen und deinem Möbel am Arm nach einem Auto umsehen willst, dann stellt sich dir am unteren Absatz der Treppe etwas in den Weg — etwas, was dich rascher ermüdet, als die frische Morgenluft. Gerade diesen Ploß, gerade diese Stunde wählen sie, die trostlosen Menschenhändler, die der Krieg ihrer Gläubiger, ihres Augenlichtes, ihrer Hoffnungen beraubt hat. . . . Dies ist ihre „Sollou“, die sie wahrnehmen müssen. . . . Unter dem nackten, schneidenden Wind dieser wimmernd ausgestreckten Hände brennt dir die Schminke auf den Wangen, du verbrügst rasch deinen Zylinder aus Goldpapier auf dem Rücken, mit deinen bunten lürenden Glasletten erscheinst du dir als lächerlicher Honswurf. . . . Ihr habt die rechte Stunde, den rechten Ort gewählt, um anzuklagen! Mit einem jähen Erötzen fahren die Hände in die Taschen, um auch loszuwerden und greifen nach einmal hinein und noch einmal, weil der stumme Haß in euren Blicken die Gabe mit dem brinnen vergessenen Selt zu vergleichen scheint — — dir aber, mein Lieber, ist die „Stimmung“ vergangen und auch das Möbel an deiner Seite schmeigt. . . . Mit gezwungenem Aufstehen suchst du das Unbehagen von dir abzuschütteln — ein einzelner kann da nicht viel helfen, wo soviel Wind ist, ja, wenn jeder. . . . Aber dann durchdringt es dich ja, daß einer von diesen Unglücklichen für einen ganzen Monat daran genug haben würde, wozu dir, mein Lieber, nur ein schmerzender Schädel und dein Möbel ein paar vertrocknete Blumen bleiben. Dein sonst so geschmeibliches Gewissen trümmert sich, um vor sich selbst zu entziehen, aber hier getraut es sich nicht, zu klütern, daß eine Hilfe vielleicht gar nicht angebracht sei, denn daß keine Simulation vorliegt, davon haben deine Augen sich schauernd überzeugen müssen. . . . So will, mein Lieber, deine Stimmung nachlässig nicht wiederkehren.

## Aus dem unterirdischen Paris.

„La Volée“.

Das ist die Illusion „Paris“, von der man träumt. Die wie eine Fanfare auf dem ausgebrannten Krater des Abendlandes sich erhebt. Rhythmus ist alles. Hier klopft das Herz des ganzen Volkes. In den witzigen Gassen, die aus dunklen Loringängen springen — plötzlich sich aufstun. Bunte Lüren, mit Rägeln und Blumen bemalt. Breit und hoch wie Lüren in einer Stall. Drin Dunkel, Fensterlosigkeit. Alles Licht kommt durch die Stalltüren. Auf dem Boden Häffel. In den Wänden Aquarelle, Zeichnungen — bekannteste Pariser Maler. Am Schenktisch, den bei geschlossenen Lüren ein Gasarm kümmerlich zu beleuchten sich bestrebt, Figuren, wie sie nur ein extravaganter Bourgeois in unruhigen Nach-Tisch-Träumen sich vorstellen mag. Aber diese sind echt. Rote Wollhemden, Kermel bis über den Ellbogen hochgekrümpelt, halbschel, ein buntes Halstuch, eine englische Mütze, Ringe und Lätowierungen, das ist die Mode.

Durch den ersten Raum geht man — nach einigen Schnüpfen an der Bar — eine ungeheuerlich zerklüftete Steintreppe hinab in ein Erdbegegnis. Der Reuling fällt über die fehlenden zwei Stufen im Halbdunkel einer abenteuerlichen Kerze mitten in den Kneiperraum hinein. 1371 ist in den steinernen Bogen gemischt — über den Eingang Dantes Apokalypse aus Inferno — und sonst: Gesang, Banjo, Tamburin, Holzlöffel im Takt an die Mauer getrommelt. Rauch, so dicht wie eine Wand — einzelne Gesichter endlich beginnen weißlich und grotesk auf diesem Quaal zu schwimmen. Rhythmisches auf und ab steigt ein Lied: „C'est la femme aux yeux verts“ — unterbrochen nur von den tonnenmäßig ausgeführten drei „bars“ — dem taktmäßigen Klatschen oder Gläserklopfen, das den Kräftigen befohnt.

Diese „Kopelle“ hat eine Ausdauer, die ihresgleichen sucht. Vom frühen Nachmittag an bis drei Uhr nachts. Der Zustrom der Gäste wechselt alle zwei bis drei Stunden — aber eigentlich ist alles „Stamm“. Und wer sonst keinen Unterschlupf hat, der schläft — nach drei — auf den schmalen Holzbänken — in dem niedrigen, fenster-

losen, auf keine Weise zu lüftenden Raum. Wertwürdig ist, daß mit ziemlicher Regelmäßigkeit getrunken wird. Die Mehrzahl der Gäste nimmt nur ein Glas Whisky, einen Apéritif, ein Viertel Rotwein oder ein „Bod“ — und die Zeche ist beendet, für wie lange man auch immer sitzen mag. Man hat hier übrigens keine Eingastliche. Lange, schmale Tische, lange, schmale Bänke. Späterkommende sitzen über die Knie der Sitzenden hinweg. Unterhaltung und Erziehung bilden die Vorträge. Gezinkt wird hier nicht. Aber wo man tanzt, da herrscht das Messer. — Hier schlägt das Herz von Paris, hier in den „caveaux“ — in den Kellerlokalen, Gigolotte und Copain. (Dirnen und arme Schlieder), Arbeiter und Künstler. Die Gigolotte in jeder Abstufung. Zuweilen Ausländer, amerikanische Damen und Herren. Sie kommen des Nachmittags. Manchmal kommen die Herren auch am Abend wieder — ohne ihre Damen. Keinesfalls wird der Fremde beachtet, angefaßt. Der Pariser hat kein Vorurteil. Zwischen dem allen schwebt Katerroll, darunter die famosen Damenporträts, die in wenigen Minuten sabelhafte Porträts und Karikaturen machen. Man zahlte im Vorjahre 10 bis 20 Franken für eine Sitzung. Manchmal blüht das Geschäft — manchmal lang's kaum zu einem Apéritif. Ich kannte einen, Brasillioner von Geburt, schon zehn Jahre in Paris, der verdiente oft 150 bis 200 Franken — und gab davon 3 bis 7 Uhr in einem Rotmatre-Botel in Selt und Weibern wieder aus. Dann kam er dumpf und blaß zurück zur „Volée“ — froh aus eine Bont und schloß den Kausch aus bis um zwölf.

Frivolität und Sentimentalität, die französischen Exzesse, treiben bunte Blüten in den „caveaux“.

Man singt „das Lied der Träume“ — und sonderbar werden die harten Gesichter weich. Die Gigolotte und ihr Freund haben Augen wie Kinder, die eben die Mutter aus dem Schlafe weckt. Aber gleich darauf kommt eine Jote — so scheußlich, daß selbst die abgebrühten Mädchen sich entsetzen.

Das ist das unterirdische Paris.

Gabriele Schröder.

## Li-tai-pe.

Von Dr. Eise Höbner.

Seine fremde Klänge, verworren und küssam, ähnen aus dem Osten. Jahrhundert um Jahrhundert weicht zurück. Weltreich und Weltreich verjährt. In Europa hat sich ein Abgrund zwischen dem Sichtbaren und dem Verborgenen, dem Irdischen und dem Reich des Jenseits aufgetan. Ströme von Blut fließen. Primitive Barbarei umflammert die Religion und erzwingt Wiedergeburt des Wahnsinns, der Heuchelei, der Vernichtung.

Im fernen Osten aber wandert ein Geis durch die Länder, gerührt, verblümt. Freund und Beamt der Kaiser, mit der höchsten Ehreung des Chinesen, dem kaiserlichen Prunkgewand bekleidet. Freund des Volkes, dessen Seiden sein eigenes ist, das er nicht mit allen Fesseln seines glühenden Herzens. Li-tai-pe, der Leumens, der große Verschwenker, der größte Spritzer Chinas.

Unabhängig ist um ihn. Der Horizont weitet sich ins Grenzlose. Seine Palette kennt alle Farben, vom glühenden Purpurrot bis zum wieselosen Grau der Asche, seine Seele umspannt das Weltall. Er ist nicht Chinese, nicht Wale, er ist Mensch. Er sagt das Einfachste, das ist das allgemeine Menschliche, das alle Grenzen übersteigt, das über Zeit und Raum schwingt. Kinderweinen und Frauensehnsucht, Enttäuschung und Bitterkeit, Freude, Jubel und Seligkeit klingen in seinen Liedern. Er ist der Natur aufs innigste verbunden, der große Räuber alles Lebens. Frühling und Sommer, Jahreszeiten des Werdens und der Reife, umfließen Liebe und Gemüt, Tanz, Feste, Freundschaft und Wirten. Der chinesische Fröher im Frühling, der sein Reg behufsam in den Silberpiegel des Leiches gleiten läßt, sobald die erste Pfingstblüte sich entfaltet, sobald violette Fäden in die Wolken tauchen, ist er selbst: Li-tai-pe, der große Beschauer alles Lebendigen.

Li-tai-pe, der Verneiner aller Vernichtung, der erbitterte Gegner des Menschentums, der holler des Krieges. In seinen Liedern wirbelt der gelbe Sandsturm, lodern Feuerzeichen, taumelt der Wahnsinn — eine groteske, chaotische Sinfonie in kläglichem Rot. Bilder der Schlacht, Sinnbilder jedes Krieges. Wüstentrommung, trostlose Dede, Unruhe und Hunger herrschen, wo der Tod regiert. Die Pfirsichblüten sind verwelkt und zertreten. Auf tohlen, bereisten Ketten schreien Raben, die wie Menschen auf Baute lauern. Eine einsame Frau näht mit kalten Händen ein Gewand für den, der längst tot auf dem Schlachtfeld liegt. Im Bereich des Krieges spricht keine Blume, keine weiße Wolke durchzieht mehr die Landschaft. Statt wie Eis ist der Säbel des Soldaten, toll leuchtend wie der Schnee auf den Firmen. Säumende Hoffnungslosigkeit liegt über allem Lebendigen. Aus den Tiefen der Erde ertönt die Menschheitsklage, daß der Dichter ruhlos in die Gruft steigt als der Krieger, der tausend Menschen tötete, daß die Barbarei über die Kultur, der Tod über das Leben gesiegt habe. Doch der Wahnsinn beherrscht die Erde. Heer um Heer wird hingemäht, und die gelbe Wüste ist mit weißen Knochen übersät. Ausgemergelte, verhungerte Pferde weiden im Schnee. Da erklingen Menschenstimmen in der Ferne, Menschenrufe, die immer näher kommen. Aus offen Ländern der Erde scheinen sie zu tönen. Der chinesische Dichter steht lachend, seine Seele nimmt begierig die Klänge auf. Er preßt sie in Formen, verleiht ihnen Ausdruckskraft, und mit ungeheurer Gewalt braust Li-tai-pes Fluch des Krieges, der Fluch über das Handwerk der Waffen über die Erde.

So sei verflucht der Krieg! Verflucht das Werk der Waffen,  
Es hat der Welle nichts mit ihrem Wahn zu schaffen!

Erst wenn Friede und Barmherzigkeit zu den Menschen zurückgekehrt sind, kann die goldene Sonnenscheibe die Erde wieder erwärmen. Durch laue Luft klammern weiße Birnen- und Pfingstblüten. Frühlingwind gleitet sanft über blaue Fluten. An zeltüberdeckte Boote, die tanzende, stonende Menschen hinübertragen, schlagen leise und süßlich keine Wellen. Duftiger Blütenstaub bedeckt alle Wege. Golden leuchtet die Trauerweide am Ufer.

So klingen durch Schutz und Trümmer eines Jahrtausends hindurch die Läne der chinesischen Fäden, die Worte Li-tai-pes. Die alte Volkssage, der Dichter sei auf geheimnisvolle Weise zu den Unterirdischen entführt worden, hat sich verwirklicht. Sturmwinde haben seine Lieber über die Grenzen Chinas in alle Länder der Erde getragen, und wo Schicksal des einzelnen und Schicksal der Völker sich entscheiden, wo man Schlachten schlägt und dem Frieden dient, wo Menschheitsuntergang und Kräfte eines neuen Werdens miteinander ringen, da ist ihre Heimat. In allen Sprachen der Erde klingen sie von Menschheitsklage und Menschheitsjubel, von den tiefsten Abgründen, von den schmerzvollsten Klüften und Geheimnissen des Lebens, von der unendlichen, transzendenten, ewigen Schönheit der Welt.

## Neues vom Maulwurf.

Es wird schon über den Maulwurf geschrieben worden ist, so wachte man doch bisher über Leben und Treiben dieses sichtscheueren, unterirdischen Geistes nur wenig Zuverlässiges. Erst H. Hauchecorne hat jetzt in langjährigen Studien zahlreiche wichtige Beobachtungen gemacht, über die Hans Geydoh im „Naturforscher“ berichtet. Wenn man früher glaubte, daß der Maulwurf während des Winters in frostfreie Tiefen von 1 bis 2 Meter hinunterdringe, so ergibt sich jetzt, daß er sein Winterstief niemals tiefer als 40 bis 60 Zentimeter anlegt. Die aufgeworfene Erde entspricht in allgemeinen nicht der Ausdehnung der Gänge: diese erstrecken zum Teil einfach durch festbrüchigen der Erde, besonders bei weichen, feuchtem Unterboden, wo überhaupt kein Hausen aufgeworfen wird. In einer Höhle werden 10 bis 15, höchstens 20 Meter am Tage in mehreren Arbeitsperioden angelegt. Die Hausen und Gänge des Maulwurfs unterscheiden sich häufig in nichts von denen der Wühlmaus, und so werden ihm viele Schäden zugeschrieben, die eigentlich von der Wühlmaus herrühren. Für den wirtschaftlichen Nutzen oder Schaden des Maulwurfs ist seine Nahrung entscheidend, die sich einwandfrei nur aus der Regenunterirdischen und Engerlinge in beträchtlicher Anzahl, seltener ausgebildete Insekten, Tieren, Tausendfüßler und Nachschnecken. Seine Gefräßigkeit wird durch die neuen Forschungen bestätigt, denn es ergibt sich, daß der Maulwurf täglich das Eineinhalbfache seines Eigengewichts zu sich nimmt. Das merkwürdige Abwehigen und „Einsparen“ von Blättern erklärt sich daraus, daß die Tiere das Rest gern mit breiten Blättern, besonders mit Buchen- und Rothblättern, auskleiden, um ein warmes Pflaster zu haben. Der Wert des Fleis ist bei den verschiedenen Rassen verschieden. Die besten Maulwurfspelze liefern Schottland, Holland, Friesland und Oldenburg. Süddeutschland allgemein gute, dagegen sind die aus Brandenburg, Sachsen, Baden und Schlesien minderwertig, weil sie zu hart sind und in grünen oder gelblichen Tönen spielen. Ueber die wirtschaftliche Bedeutung des Maulwurfs gelangt der Gelehrte zu folgendem Ergebnis: Wo sich der Wühlhaden erzeigen läßt, oder durch Ausnutzung der Hausenerde in einen geringeren Vorteil verwandelt, tut man gut daran, den Maulwurf zu schonen. Es regt aber kein Grund vor, irgend jemandem, dem seine Wühlereien lästig werden, das Fangen dieses Tieres zu verbieten. Durchaus unberechtigt sind jedoch Verfolgungen des Maulwurfs auf nicht angebauten Flächen, auf denen er keinen Schaden anrichtet, sondern sich in verschiedener Hinsicht nützlich macht.

## Ein Besuch bei Tolstoi.

Aus dem Nachlaß des russischen Philosophen und Literaturhistorikers M. O. Gerschenon sind jetzt dessen Briefe an seinen Bruder veröffentlicht worden, und in ihnen findet sich die interessante Schilderung eines Besuches bei Tolstoi, auf die Artur Dauter in der Zeitschrift „Ost-Europa“ aufmerksam macht. Der bekannte Freund und Apostel Tolstois, Icheritow, hatte ihn bei dem Weiten von Jessoa Plossana eingeführt und sagte zu ihm, Gerschenon möchte gern wissen, was Tolstoi von Gott als dem Schöpfer der Welt denke. Tolstoi geriet sofort in große Erregung, berichtet der Besucher, „Ich mich überhaupt nicht zu Worte kommen und erklärte, ich sei von einem Aberglauben befallen usw. Ich schwieg. Das ging so etwa zehn Minuten lang, dann sprach Tolstoi plötzlich auf, sagte: „Da habe ich wieder einmal gelündigt, ja gelündigt“ — ging hinaus, zog sich um und ritt davon. Icheritow hat sehr um Entschuldigung, daß er dieses Thema zur Unzeit angeschlagen habe, und bat mich, noch etwas zu warten: es tue dem Alten sicher weh, daß er sich so schlecht benommen habe. Und in der Tat kam Tolstoi sehr bald zurück; er fürchtete wohl, daß wir nun gleich abreisen würden. Er trat schnellen Schrittes ein, bat mich um Entschuldigung — „Ich fühle mich nicht ganz wohl“ — fing das Gespräch von vorn von neuem an und legte nun ruhig seinen Standpunkt dar. Dann stand er auf, um sich zu Bett zu legen, sagte, es hätte ihn sehr gefreut, sich mit mir unterhalten zu können, brückte mir mehrere Male die Hand, fragte, wann ich abreisen wolle, und als er hörte, daß ich über Nacht bleiben möchte, sagte er: „Also sehen wir uns morgen noch; entweder kommen Sie zu mir oder ich komme zu Ihnen.“ Aber es war mir peinlich, ihn noch einmal zu sprechen, und ich reiste am nächsten Morgen ab, um ihm nicht zu begegnen. Icheritow sagte später zu mir: „Wissen Sie, es hat mir sogar wohlgetan, Sie mit Tolstoisemisch so zu sehen. Da merkt man doch, daß er ein Mensch mit menschlichen Schwächen ist. Sonst ist er immer so unnahbar. . . .“



# Abschluß der Wehrdebatte.

## Die sozialdemokratischen Streichungsanträge abgelehnt. — Der Etat für das Landheer bewilligt.

Der Reichstag legte gestern die zweite Beratung des Reichswehrrechts vor. Von den Kommunisten ist ein Mißtrauensantrag gegen den Reichswehrminister eingegangen.

Abg. Dr. Voigt (Niederrh.) erklärte: Die gestern vom Minister für den Panzerkreuzer gegebene Begründung sei ganz anders gewesen als die erste im Ausschuss. Früher sei auch im Ausschuss von den Vertretern des Ministeriums immer auseinandergesetzt worden, warum die Panzer unentbehrlich seien. Jetzt höre man plötzlich, daß die Panzer längst abgeschafft seien. Der Pazifismus, von dem gestern so viel gesprochen wurde, könne unmöglich die Grundlage einer Armee sein. Pazifismus und Wehrmacht seien Gegensätze. In einem künftigen Krieg werden ganz andere Waffen verwendet werden als im Weltkrieg, ganz andere Waffen auch, als sie unsere kleine Reichswehr hat. Deutschland wird von anderen Mächten als Bundesgenosse nicht gesucht werden wegen seiner militärischen Kräfte, sondern nur wenn es seine inneren wirtschaftlichen Kräfte entwickelt. Jetzt, in der Zeit des Welterbes, kann auch unmöglich ein Krieg auf den Streit mit einer Macht lokalisiert werden.

Es wird immer zu so großen Auseinandersetzungen kommen, daß unsere Reichswehr dabei keine ausschlaggebende Rolle spielen kann. Gerade darum sind die in der Thobus-Affäre ermittelten Dinge viel bedenklicher als der dadurch verursachte materielle Schaden.

Wir können nur wünschen, daß der Minister die Riesenkräfte anbringt, mit diesen Dingen in seinem Ministerium aufzuräumen. Ebenso wie die alte Armee unbedingt zur Monarchie stand, muß die Reichswehr der Republik unbedingt zur Republik stehen.

Abg. Scheller (Komm.) steht in der Thobus-Affäre und anderen Angelegenheiten den Beweis dafür, daß mit Zustimmung der Entente das deutsche Reichswehrministerium an der Kastration arbeite mit dem Ziel des großen Ueberfalls der kapitalistischen Völkerbundsmächte auf das proletarische Sowjetrußland.

Abg. Straßer (Nat.-Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen des Wehrministers, der sich nur als Bureaukrat von ein paar hundert Beamten in der Benderstraße fühle. Die Deutschnationalen seien jetzt schon mit den Sozialdemokraten in einer pazifistischen Einheitsfront. Geßler und v. Seede seien auf Wunsch von Briand verabschiedet worden. Der Reichswehrminister Dr. Stresemann habe bei seiner Zusammenarbeit mit Briand bewußten Vandalismus getrieben.

Bei diesen Worten entsteht große Unruhe im Hause. Ein Herr auf der Publikumstribüne klatscht Beifall.

Präsident Loh erteilt dem Abg. Straßer einen Ordnungsruf und ermahnt den Beifolger, die Publikumstribüne zu verlassen. Als dieser der Aufforderung nicht folgt, wird er von einem Diener entfernt.

Abg. Straßer übt an dem Verhalten des Präsidenten Kritik, die sich Präsident Loh verbitet. Der Redner wendet sich dann in heftigen Ausdrücken gegen den Minister Groener. Der Minister habe nur die Bedeutung der deutsch Silberlinge, die Judas für seinen Verrat erhielt.

Der Präsident Loh schwingt nach diesen Worten dauernd die Hand. Von den Seiten der Mehrheit kommen stürmische Pfuirufe, von den Nationalsozialisten Heilrufe. In diesem Lärm gehen die letzten Worte des Abg. Straßer verloren.

Abg. Henning (Bölk.) richtet an den Minister die Frage, ob der Chef der Heeresleitung, v. Hege, Freimaurer sei.

### Reichswehrminister Groener:

Die Worte des Abg. v. Schulenburg (Nat.) waren mir aus dem Herzen gesprochen. In der Frage des Offiziersjahres stehe ich ganz auf dem Boden Scharnhorsts. Scharnhorst schaffte die Prioren ab und ließ die Vorbildung entscheiden. Ich bin für die Beförderung zum Offizier. Ich muß daran festhalten, daß nur nach dem erfolgreichen Besuch einer Waffenschule jemand zum Offizier gemacht werden kann. Die Vorbildung muß entscheidend sein, nicht die gesellschaftliche Stellung. Ich lege Wert auf eine einheitliche Auffassung der Offiziere, nicht aber ihrer Väter, Onkel und Tanten. (Sehr gut) Die materielle Not der jungen Offiziere wird von uns mit Aufmerksamkeit beachtet und wir bemühen uns, sie abzustellen. Ohne Abiturium sind im letzten Jahre 12 Proz. der Gesamtzahl Offizier geworden. Der Minister geht dann auf einige vom Abg. Künstler (Soz.) angeführte Einzelfälle ein und trägt Vernehmungprotokolle vor, die der Darstellung des Abg. Künstler widersprechen. Ruft links: „Sie werden angelogen!“ — Ruft rechts: „Kennen Sie doch die Namen Ihrer Zeugen!“ — Ruft links: „Dann werden die auch eingesperrt!“ — Ruft rechts: „Wir sind doch nicht in Rußland!“ — Ein Kommunist ruft: „Da werden die anderen eingesperrt!“ — Heiterkeit.) Als Hauptursache der zahlreichen Selbstmorde in der Reichswehr bezeichnet der Minister den Zwang zur zwölfjährigen Dienstzeit. Dieses uns durch den Versailler Vertrag aufgezwungene menschenunwürdige System trage die Schuld an der Zerstörung manchen jungen Menschenlebens. Auf die Fragen des Abg. Dr. Haas antwortet der Minister, der Präsident des Riffhäuserbundes, General v. Horn, diene die Gewähr für die Durchführung der von ihm vertretenen verfassungstreuen Grundsätze. Die Offiziere werden durch Vorträge mit den politischen Grundfragen vertraut gemacht. Minister Groener dankt zum Schluß den Rednern für die Anerkennung, die sie der Reichswehr gezollt haben.

Abg. Lude (Niederrh.) stimmt im wesentlichen den Ausführungen des Reichswehrministers Groener zu.

Abg. Künstler (Soz.) hält dem Minister gegenüber seine Angaben aufrecht und erbiethet sich, Zeugen für die Richtigkeit seiner Darstellung zu benennen.

Damit schließt die Aussprache.

Der kommunistische Mißtrauensantrag wird gegen die Antragsteller und die östlichen Gruppen abgelehnt.

Die Ausschlußentscheidungen werden angenommen.

Die sozialdemokratischen Streichungsanträge werden gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Der Etat des Landheeres wird bewilligt.

Um 16½ Uhr verläßt das Haus auf Freitag, 14 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben kleineren Vorträgen der Etat der Reichspost.

## Ein gewerkschaftliches Bravourstück.

### Der Schifferstreik erfolgreich beendet.

Der am 28. Februar gefällte Schiedspruch zur Beilegung des Schifferstreiks der westdeutschen Kanalschiffahrt ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. Damit ist die Streit- und Aussperrungsbewegung auf den westdeutschen Kanälen beendet. Die Arbeit wird am Freitag wieder aufgenommen.

Der Kampf der Kanalschiffer um Verbesserung ihrer Entlohnung hat vom 11. November an, also rund vier Monate, gedauert. Er wurde auf beiden Seiten mit großer Hartnäckigkeit geführt.

Wochenlang haben die Kanalarbeiter mit allen möglichen Mitteln, mit Lockungen an die Arbeiter über die Köpfe des Deutschen Verkehrsverbundes hinweg und mit geradezu unglaublichem Bohnsterterror den Kampf geführt. Aber Hunger und Peitsche verfehlten ihre Wirkung bei den disziplinierten Kanalschiffern. Die Kanalarbeiter, die eigentlich längst das Fruchlose ihres Widerstandes einsehen mußten, hätten vielleicht schon längst eingelenkt, wenn sich hinter ihnen nicht der Widerstand der rheinisch-westfälischen Hüttenwerke geltend gemacht hätte. Erst als beim Ausgang des Winters die wirtschaftlichen Schäden des Konfliktes in ihrem vollen Ausmaße zu Tage traten und auch die Reichswasserstraßenverwaltung erhebliche finanzielle Verluste zu verzeichnen hatte, kam es zur Wiederaufnahme der Verhandlungen, die dann zu dem Schiedspruch vom 28. Februar führten.

Der Schiedspruch bietet auf den ersten Blick in der Lohnfrage kein übermäßig gutes Resultat. Die Gehalts- und Lohnabelle vom 1. März 1927 erhöht sich für die Zeit bis zum 30. September 1928 für Kapitane und Maschinisten um 11 Proz., für das übrige Personal um 4 Proz. und für die Zeit ab 1. Oktober 1928 für alle Gehalts- und Lohnempfänger um weitere 2 Proz. Will man aber dieses Resultat würdigen, dann muß man es zu dem ungeheuren Widerstand der Kanalarbeiter in Beziehung setzen. Die Arbeiter hatten einen 3prozentigen Abbau der Löhne gefordert. Sie wollten die Bewegung niedriger zwingen. Unter diesen Umständen stellt der neue Schiedspruch, trotzdem er hinter dem nicht für verbindlich erklärten Spruch des Dortmunder Schlichters, der 8 Proz. Erhöhung vorsah, zurückbleibt, einen Erfolg dar. Die Scharfmacher sind zur Anerkennung der Organisation und zum Abschluß eines Lohntarifs — von beidem wollten sie nichts wissen — gezwungen worden.

Die westdeutschen Kanalschiffer hatten von Anfang an erklärt, daß sie zu den alten Lohnverhältnissen unter keinen Umständen mehr arbeiten würden. Sie haben ihr Wort wahrgemacht. Sie haben den Scharfmachern in der Kanalschiffahrt gezeigt, daß auch sie Kerne und eiserne Köpfe haben. Der Kampf der Kanalschiffer war ein Bravourstück gewerkschaftlicher Disziplin.

## Vergleich im Bädereigewerbe.

### 4.50 M. in drei Classen in Rheinland-Westfalen.

Im Lohnkonflikt des rheinisch-westfälischen Bädereigewerbes brachte die am Mittwoch in Düsseldorf geführten Verhandlungen zwischen dem Verband deutscher Profibäderanten und dem Verband deutscher Rohrungs- und Genussmittelarbeiter folgendes Ergebnis: Der bestehende Wochenlohn wird ab 9. März um 2,50 M., ab 1. Juni um 1 M. und ab 28. September um eine weitere Mark erhöht. Der vom Dortmunder Schlichter gefällte Schiedspruch, der eine Lohnerhöhung von 3,50 M. ab 1. Februar vorsah, war von den Unternehmern abgelehnt worden.

## Jahrestagung der Puzer.

Die im Bauergewerksbund organisierten Berliner Puzer hatten am Donnerstagabend in den Residenzlokalen ihre Jahresversammlung. Der Fachgruppenleiter Genosse Lehmann schloß die wechselnde Arbeitsmarktlage im vorigen Jahre. In den Monaten Januar und Februar waren trotz der gelinden Witterung nur sehr wenige Puzer mit Außenarbeiten beschäftigt. Von den Puzern, die überhaupt Beschäftigung hatten, arbeiteten die meisten im Innenaufbau. Zu Beginn der eigentlichen Puzerperiode im April setzte eine gute Konjunktur ein, die sich in den Sommermonaten bis zur Hochkonjunktur steigerte. Trotzdem es im Sommer in Berlin keinen arbeitslosen Puzer gab, trat kein Facharbeitermangel ein. Das Vorkommen der Bauunternehmer zur Verlängerung der Arbeitszeit während der Sommermonate wegen angeblichen Facharbeitermangels ist damit als unbegründet erwiesen. Die gute Konjunktur wurde leider im Winter durch den früh einsetzenden und anhaltenden Frost. Die Unternehmer können sich nicht dazu bequemem, ihre Aufträge gleichmäßig über das ganze Jahr zu verteilen. Trotz der milderen Witterung in den letzten Wochen war von einer Belebung der Bauwirtschaft noch fast gar nichts zu merken. Daran ist nicht nur die mangelhafte und verspätete Finanzierung der Bauvorhaben schuld, da selbst solche Bauten noch nicht in Angriff genommen wurden, die schon im vorigen Jahr finanziert worden sind. Wenn auch die Puzer wenigstens für einige Monate mit guter Konjunktur rechnen können, so sind die Aussichten für die übrigen Bauarbeiter noch recht trübe. Es sei ein Skandal, daß jetzt in Berlin noch etwa 9000 Bauarbeiter arbeitslos sind. Wie die Unternehmer die Arbeiter um ihren Verdienst zu pressen versuchen, zeigt die vielen Klagen vor dem Arbeitsgericht. Im Berichtsjahre wurden vor dem Arbeitsgericht 154 Klagen für 189 Mitglieder geführt. Die Klagesumme betrug 12141 M., von der den Klägern durch Urteile, Vergleiche usw. nur 6849 M. zugesprochen wurden.

Der Mitgliederstand der Fachgruppe stieg von 1194 am Ende des Jahres 1926 auf 1338 bis zum Schluß des Berichtsjahres, also um 144. Das Organisationsverhältnis der Puzerträger ist nicht zufriedenstellend. Auf etwa fünf organisierte Puzer kommt nur ein organisiertes Puzerträger. Die Puzer haben es in der Hand, diesen Zustand zu ändern, indem sie es ablehnen, mit unorganisierten Puzerträgern zusammen zu arbeiten.

In der Diskussion wurde an dem eigentlichen Jahresbericht keine Kritik geübt. Einzeln opponierende Redner brachten nur ihre üblichen Sprüche über reformistische Gewerkschaftspolitik der Schlichtungsinstanzen usw. vor. Als Fachgruppenleiter wurde Lehmann wiedergewählt. In der übrigen Fachgruppenleitung traten infolge des Rücktritts einzelner Mitglieder einige Veränderungen ein.

# Parität für weltliche Schulen!

## Ministerialdirektor Raestner gegen evangelischen Elternstreik und Prügelmethoden.

Der Landtag verabschiedete am Donnerstag ohne Debatte eine große Anzahl von Büchsenberichten aus den Ausschüssen und genehmigte den zur Ausführung des neuen Beamtenbesoldungsgesetzes notwendigen Stellenplan. Hierauf nahm er in zweiter und dritter Lesung das Gesetz über den Bau der Zalkperrten im Westharg an, die zum Hochwasserschutz und zur Trinkwasserversorgung Hannovers dienen sollen. Dann folgten stundenlange Abstimmungen über Anträge zu den Etats des Handelsministeriums und Staatsministeriums. Meist handelte es sich dabei um Resolutionen, die in die Rubrik (romme Wünsche fallen und praktische Bedeutung in absehbarer Zeit nicht erlangen werden. Politisch bemerkenswert war höchstens ein neuer Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen den Ministerpräsidenten Genossen Braun. Aber die preussische Regierung sitzt glücklicherweise so fest, daß derartige Demonstrationen nicht mehr ernst genommen werden. Für den Antrag stimmten nur die Kommunisten, dagegen die Abgeordneten der Koalitionsparteien, die nicht gerade vollzählig waren, und die gesamte Rechte enthielt sich der Stimme.

Danach folgte der Landtag die Debatte über den Unterrichtssetz fort. Der hervorragende Leiter der Volksschulabteilung des preussischen Unterrichtsministeriums

### Ministerialdirektor Raestner

rechnete scharf mit dem Berliner Elternstreik ab. Es hätten sich in Berlin über 900 Kinder zu Ostern für die weltliche Schule gemeldet und danach habe die Schuldeputation die Errichtung dreier neuer weltlicher Doppelschulen beschließen müssen. Der dagegen eingeleitete Streik sei trivial und gänzlich unbegründet und wenn nicht bald Verzicht eintreffe, werde die Regierung mit Schulstrafen durchzuziehen. Ueberhaupt wies Raestner nach, daß die weltlichen Schulen in Preußen noch sehr benachteiligt sind. Nach den Berichten aus dem Reichstagsausschuss verteilen sich die Bekenntnisschulen wie folgt: 64,9 Proz. des evangelischen Bekenntnisses mit 64,4 Proz. der Kinder haben, 69,3 Proz. der Bekenntnisschulen mit 66,3 Proz. der Lehrkräfte; 31,3 Proz. des katholischen Bekenntnisses mit 35,1 Proz. der Kinder haben 26,1 Proz. der Bekenntnisschulen mit 33 Proz. der

Lehrkräfte und 2,5 Proz. des bekenntnisfreien Bevölkerungsteils mit 1,8 Proz. der Kinder haben 0,81 Proz. der Schulen mit 0,4 Proz. der Lehrkräfte. (Hört! hört! links.)

Dasselbe Recht auf Parität, das für die konfessionellen Minderheiten gelte, müsse auch den bekenntnisfreien Minderheiten zugestanden werden. (Sehr wahr! links.)

Der Erfolg der im vergangenen Jahr beschlossenen Aktion für die Junglehrer sei ein erfreulicher Rückgang der Zahl der beschäftigungslosen Junglehrer. Die jährliche Leistung von 11 Millionen zur Unterhaltung der Schulmischbewerber durch den preussischen Staat müsse mit Dankbarkeit anerkannt werden. Gegen die körperliche Züchtigung in der Schule sei mit dem Minister die überwiegende Mehrheit der Lehrerschaft.

Die körperliche Züchtigung sei unvereinbar mit der Arbeitsmethode der neuen Schule, unwürdig für den Lehrer und unwürdig für das Kind. (Unruhe rechts.) Selbst Hunde dreifert man heute nicht mehr mit dem Stock. (Sehr gut! links.)

Aber auch die stockfeindliche Lehrerschaft wünsche kein generelles Verbot, weil daraus gefährliche strafrechtliche Folgen erwachsen könnten. Unter strenger Disziplinarstrafe gestellt würden jedoch Lehrer, die in der Schule Mädchen oder Kinder im 1. und 2. Schuljahr schlagen oder wegen Unachtsamkeit oder mangelhafter Leistung zum Stock greifen. Je schwerer die wirtschaftlichen Verhältnisse seien, um so notwendiger würde der Fortschritt in der Schule. (Beifall links.)

Von der sozialdemokratischen Fraktion sprach Abg. Kleinpohn, der eine interessante Zusammenstellung darüber anführte, wie von Jahr zu Jahr die Zuschüsse des Staates für die Kirche wachsen und ebenso die Zuschüsse zur Pfarrerbekleidung erhöht werden. Er gab im Auftrage der Sozialdemokratie die selbstverständliche Erklärung ab, daß wir wie bisher alle diese kirchlichen Ausgaben ablehnen und gegen die Erhöhung der Pfarrergehälter auf staatliche Kosten stimmen.

Abg. Kinnborn (Z.) beschwert sich über die religionsfeindlichen Karikaturen im „Vorwärts“ und tritt für das Konkordat ein.

Die weitere Debatte wird auf Freitag 13 Uhr vertagt.

# Sahet

# DUNLOP

# Reifen

